

50 Pf.
ARCHIV
ANTIFA
JUGENDINFO
ANTIFA
JUGENDINFO
16
an Schulen gratis!
antifaschistische Jugendzeitung
Ausgabe Hamburg
9. NOVEMBER:
1918
Nein!
1923
Mich zwingt Ihr nicht!
1938
EIN MYTHOS,
DER EIGENTLICH KEINER IST...
1989
DIE MAUER IST AUF!
UND BERLIN IST PLÖTZLICH NE TRABANTEN-STADT!
HUST! HUST!

HAUSMITTEILUNG:

Keine Atempause, Geschichte wird gemacht - es geht voran. Nach jahrelanger Zeit der Abstinenz, erscheint innerhalb weniger Monate bereits das zweite Jugendinfo in diesem Jahr. Neue Leute, neue Motivation, neues Konzept. Das Info soll künftig ein wenig mehr jugend-dynamischen Charakter genießen und in aller Regelmäßigkeit erscheinen. Wir könnten jetzt sagen, alle zwei oder drei Monate käme eine neue Ausgabe auf den Markt, doch das wäre uns ein bißchen zu einfallslos. Nein, an geschichtlich interessanten Daten gedenken wir uns zu orientieren. In dieser Ausgabe liegt der Schwerpunkt auf dem berühmt-berüchtigten 9.November. Das Plansoll für 1997 sieht Propagandaschriften zum 8.März (Frauenkampftag), 8.Mai (sogenannte Zerschlagung des NS-Faschismus) - Sommerloch - sowie zum 3.Oktober (Annexion der DDR durch die BRD) vor.

Unsere zunehmende Lässigkeit & Coolness bedeutet nicht, daß wir auf unsere politischen Inhalte verzichten - keineswegs! Nur muß das geneigte lesende Volk seine Lebensplanung nicht unbedingt dermaßen auf Politik ausrichten, wie wir es in der Regel tun. Wünschenswert wäre es sicherlich, doch noch leben wir nicht in den unendlichen Sphären unserer Utopien, sondern weiterhin auf einem kleinen Planeten namens Erde (oder auch Terra). Mit beiden Füßen auf dem Boden stehen wir, jawohl! Das Linksradikale an sich muß nicht zwangsläufig trocken, theoretisch und langweilig sein. Denn wie erkannte bereits Roberto Blanco: „ein bißchen Spaß muß sein...". Und weil wir davon im Laufe der Zeit jede Menge gebunkert haben, geben wir Euch davon von nun an etwas ab - so ganz und gar sozialistisch. Nett, gell? Reiseberichte, ein Plakat, uvm. werden Euch die Verdauungspausen unserer inhaltlich schwerwiegenden Lesekost angenehmer gestalten. Demnächst gibt`s auch noch Ausgehtips und ein X-Worträtsel dazu, bei welchem ihr etwas gewinnen könnt. Aus organisatorischen Gründen hat das zu dieser Ausgabe noch nicht hingehauen, sorry!

Im Übrigen sind wir immer noch auf Anzeigen angewiesen, um unser Info wenigstens halbwegs finanzieren zu können. Sollte Euch daran gelegen sein, daß dieser Platz anderweitig genutzt wird, dann spendet uns Geld. Am Besten in rauhen Mengen. Wie gesagt, wir sind nicht die BRAVO und machen diese Zeitung für Euch und nicht, um daran zu verdienen. Von daher sind auch LeserInnenbriefe erwünscht, sehr sogar. So stur & dogmatisch wie Ihr vielleicht denkt, sind wir nämlich gar nicht. Nein, manchmal sind wir sogar offen für Kritik, Anregungen, Nachfragen und weiß der Kuckuck nicht was noch alles.

So, um die Lücke der zweiten Seite zu füllen, dürfte das jetzt aber genügen. Los jetzt, lest auf der nächsten Seite weiter. Wird`s bald? Hier gibt`s nix mehr. Ende. Ach, macht doch was ihr wollt. Uns doch egal...

Inhaltsverzeichnis:

IMPRESSUM:

Das ANTIFA JUGENDINFO wird von der ANTIFA JUGENDFRONT im Eigendruck und Selbstverlag erstellt. Nette, junge Menschen verteilen es vor Schulen oder sonstwo, sind für den Inhalt jedoch nicht verantwortlich. Die Auflage beträgt 5000 Exemplare. Nachdrucke in SchülerInnenzeitungen sind ausdrücklich erwünscht, wir hätten aber gern ein Ansichtsexemplar.
V.i.S.d.P.: Sven Hansen,
zu erreichen über unsere Postanschrift:
ANTIFA JUGENDINFO
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg



This is just the beginning... ODER: ein Artikel über die Schule!

November 96. Sommerferien sind nur noch hinter einem Grauschleier vergangener Tage im Hinterkopf zu finden, an der Stelle von Sommer und Party ist jetzt der sogenannte „Ernst des Lebens" gerückt. Schulstreß auf Hochtouren. Tag für Tag, Woche für Woche das Gleiche: LehrerInnen die dir Texte pressen und wenn sie von der alten Schule sind auch mal gern von ihrer Autorität Gebrauch machen. Sie sitzen immer am längeren Hebel und wenn ihnen etwas an dir nicht paßt - dumm gelaufen. Dann noch Klassenarbeiten ohne Ende und wenn die Ergebnisse den Erwartungen an dir nicht entsprechen gibt es meistens erstmal dick Ärger mit den Eltern. Es gibt herrschende Stimmen, die behaupten das alles wäre notwendig, Druck muß sein um Leistung zu erzeugen und in späteren Jahren mit erfolgreichen Job wird man dann dankend an diese Zeit zurück denken.Kick it! Hinter dieser Argumentation, oft gehört aus dem Mund von LehrerInnen und Eltern steckt nur eins: brav die geforderten Leistungen abliefern und bloß nicht hinterfragen, denn dann würden sich so einige Widersprüchlichkeiten auftun. Die Schule, maßgeblich bestimmend für die next generation spiegelt gesellschaftliche Verhältnisse und die dazugehörigen Verhaltensweisen wieder bzw. hier werden diese den SchülerInnen im Blick auf ihr späteres Berufsleben in der „sozialen Marktwirtschaft" antrainiert. Fast alle SchülerInnen stehen stehen unter einem enormen Leistungsdruck. Dabei ziehen LehrerInnen und Eltern meist an einem Strang: gute Noten heißt Lob, Belohnung und Anerkennung, tendiert es gegen vier und schlechter hat das negative Konsequenzen, die vom Psychodruck der entäuschten Eltern bis hin zu .....(beliebig einsetzbar) reichen. Manche kommen mit diesem Druck prima klar, bringen Leistung, gutes Zeugnis mit Hoffnung auf spätere Karriere. Andere brechen unter diesem Druck zusammen, kriegen vor jeder Arbeit Panik und sind schwupps in´nem üblen endlos Teufelskreis drin. Wieder Andere kommen mit der extrem schnellen Stoffpressung nicht mit, Chancen verbaut, denn auf Schwächere kann in der Lernfabrik keine Rücksicht genommen werden. Zukunftsaussichten für Fall zwei und drei: von TaxifahrerIn bis ArbeitslosenhilfeempfängerIn ist da alles möglich, v.a. in Betracht auf die momentanen Lehrstellen- und ABM-Kürzungen. Soviel zu der gern propagierten Chancengleichheit, wer an der Spitze nicht mithalten kann hat natürlich auch nicht den gleichen Anspruch auf Lebensqualität wie die, die es aus welchen Gründen auch immer schaffen. Noch Fragen ?!Wer tatsächlich von deinen Leistungen in Schule und später im Beruf profitiert, nämlich die Chäfs und ähnliche Zeitgenossen in den oberen Etagen, unter denen du dich fleißig hocharbeiten kannst, wird in der Schule jedoch dezent konsequent verschwiegen. Verhaltensweisen wie Konkurrenz, Autoritätshörigkeit, Disziplin und EinzelgängerInnentum sind fester Bestandteil des Schulalltags und das grundlegende ABC für jedeN leistungsfähigeN BilderbuchschülerIn. Wer kennt nicht das Getuschel bei Klassenarbeitsrausgabe um zu prüfen wieviel besser man selbst ist als die „Anderen" und kleine Wettstreite im Notenschnitt mit dem/der BanknachbarIn. Zwar ist das Anbiedern bei LehrerInnen allgemein eher verachtet (hey SchleimerIn), doch um die Note bei sich selbst aufzupäppeln ein gern und auf Grund des erfolgversprechenden Effekts oft angewandtes Mittel. So ist es ratsam sich mit der Autoritätsperson LehrerIn auf guten Fuß zu stellen, denn ein kritischer Standpunkt oder gar das Anzweifeln und Widersetzen gegenüber den Lehrmethoden ist natürlich nicht gewünscht. Ob du dich „richtig" verhalten hast, macht sich dann spätestens in der Notengebung bemerkbar. Dementsprechend ist auch Gruppenarbeit und das Lernen im Team zu arbeiten eher die Ausnahme. JedeR für sich und alle gegen alle lautet die vorgegebene Devise, denn so kommt man ja später auch am weitesten. Was soll das Ganze ?Wie so oft ist die Antwort im System zu suchen das heißt hier konkret die kapitalistische Verwertungsgesellschafft alias „soziale Marktwirtschaft". Und um deren Existenz für alle Zeiten zu sichern ist der Rückhalt in der Bevölkerung äußerst wichtig. Als konkreter Angriffspunkt wird so die Schule als Sozialisationsanstalt und Lernfabrik nicht ausgelassen, die zum Teil schon erwähnten Folgen finden wir alle bei uns wieder. Neben den leistungsorientierten Verhaltensmustern werden wir



auch in unsere geschlechtsspezifische Rolle gedrückt: Ganz vorne mit dabei ist das erzkonservative Bundesland Bayern unter CDU-Regierung. Hier wird im bayrischen Schulgesetz die Rolle von Mädchen genau definiert: „Mädchen sind besonders in der Erziehung und in der Hauswirtschaft zu unterweisen." Zwar gibt es hier nicht solche explizit geäußerten „Schulgesetze" , dennoch gibt es eine bunte Palette von Beispielen, welche diese Rollenzuweisung verdeutlichen. Angefangen von tätlich dümmlich sexistischen Sprüchen von Lehrern und Mitschülern, bis hin zu .....(nix eingefallen).Und dann wäre da noch das Lied von der sogenannten Demokratie, die auch in der Schule in Form von Klassen- und SchulsprecherInnenwahl ihren Platz hat. Doch auch hier stellt sich die Frage: Wofür der ganze Terz in Hinblick auf die Resultate? Na ja gut, als Beliebtheitstests sind diese Wahlspielchen vielleicht ganz amüsant, doch mit welcher tatsächlichen Einflußnahme auf das Schulleben verbunden ? Hier und da wird mal ein Cola-Automat oder auch ein größeres Asessoir an Süßigkeiten in der Pause gefordert und schon oft allein wegen fehlender Fachkenntnis wie, wann und wo jetzt dieser und jener Antrag hingeleitet werden soll, sind solche Kleinigkeiten gescheitert. Eine Vermittlung von diesem Themenbereich der Schulpolitik, welche ohnehin sehr begrenzten Möglichkeiten für SchülerInnen bestehen und wie diese einzufordern sind, geschieht z.B. während des Sozialkundeunterrichtes nicht. Ein funktionierender SchülerInnenausschuß scheint den PädagogInnen wohl eher nervig zu sein, obgleich die hoch gepriesene Mitbestimmung sowieso eher lachhaft ist. Denn geht es bzw. sollte es bei dieser Idee nicht vielmehr um gleichberechtigte Möglichkeiten einer tatsächlichen Einflußnahme von SchülerInnen in Fragen anderer Qualität z.B. der zunehmenden Lehrkräftestreichungen und damit verbundenen immer größeren Klassen, Mitbestimmung des Lehrplanes, usw. gehen? Das ganze SR-System wird nur noch von den Wenigsten Ernst bzw. überhaupt wahrgenommen, denn faktisch hat dieses so gut wie nix zu melden. Es erscheint eher als pseudodemokratisches Spielchen, das uns auf unsere Rolle als „wahlmündige Bürger" vorbereiten soll. Alle vier Jahre ein paar Kreuzchen auf ein Stimmzettel machen und das Gefühl zu haben mal richtig mitzubestimmen, wird hier als „freie Demokratie" verkauft. Beispiel Geschichtsunterricht: „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft; wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit." (George Orwell, 1984) Genau deshalb wird bei der Themenbereichswahl im Fach Geschichte nichts dem Zufall überlassen. Vorwiegende Kriterien: Weiß, männlich mit einem ordentlichen Schuß Umdeutung, damit das Ganze auch in das Bild der Gegenwart paßt. Besonders gut läßt sich dieses Vorgehen an der Auseinandersetzung mit dem Faschismus im Dritten Reich in der Schule wie auch allgemein verdeutlichen. Als Vorzeigeantifaschist und Widerstandskämpfer wird Claus Graf Stauffenberg, der deutsche Offizier der am mißglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli beteiligt war, in Geschichtsbüchern hoch gelobt. Kein Wort davon, daß Stauffenbergs Motivation nicht die menschenverachtende Ideologie der Nazis, sondern die Rettung des Deutschen Vaterlandes, welches der „Führer so leichtfertig ins Verderben trieb", war. Es ging also nicht um die Ablehnung des faschistischen Staates an sich, sondern die Konsequenz seines Scheiterns. Sein Ziel war es mit dem Hitler-Attentat die deutsche Vormachtstellung in Europa zu retten und die Möglichkeit eines kommunistischen Deutschlands mit der Hilfe der Westalliierten abzuwenden. Er paßt also perfekt in das Bild der „sauberen antifaschistischen Tradition" der BRD jenseits von kommunistisch geprägten Antifaschismus. Von den jüdischen



Wilhelm Leuschner

geboren 1890 in Bayreuth Gewerkschaftsführer und Politiker (SPD), 1928–30 hessischer Innenminister; 1933–35 in Haft, dann führend in der Widerstandsbewegung; beteiligt an der Verschwörung des 20. Juli 1944; hingerichtet 1944



Walter Klingenbeck

geboren 1924 in München Mechanikerlehrling; sammelte innerhalb der Hitlerjugend Gleichgesinnte und bastelte Sender zur Verbreitung von Nachrichten gegen die Nazis; hingerichtet 1943



Clemens August Graf von Galen

geboren 1878 in Dinklage seit 1933 Bischof von Münster; predigte gegen die nationalsozialistische Rassenpolitik und die Euthanasie; kurz nach der Ernennung zum Kardinal 1946 verstorben



Claus Graf Schenk von Stauffenberg

geboren 1907 in Jettingen/ Bayern [illegible]

So wird Geschichte in deutschen Schulbüchern geschrieben: vier smarte Boys in " sauberer Tradition "...

Widerstandskämpfern und v.a. auch Kämpferinnen wird bewußt kein Wort erwähnt, denn eine Identifikation mit diesen würde der herrschenden Politik widersprechen. Gerade Frauengeschichte wird totgeschwiegen, was speziell Schülerinnen die Möglichkeit nimmt, sich ein Bewußtsein aus ihrer Geschichte zu bilden und sich ihrer wenn auch gerne vertuschten Unterdrückung in dieser Gesellschaft bewußt zu werden. Natürlich wurden damals Frauen noch offensichtlicher aus gesellschaftspolitischen Prozessen gedrängt, doch ihr Kampf um Gleichberechtigung, beispielsweise die Erkämpfung des Wahlrechts in Deutschland 1918, der Internationale Frauenkampftag (8.März) usw. sind ebenfalls unabdingbarer Teil unserer Geschichte, der aber konsequent verschwiegen bleibt. Und selbst dort, wo Frauen früher hohe Positionen inne hatten wird als Beispiel lieber der dazugehörige Mann genommen, er paßt besser in die HERRschende Geschichtsschreibung. Die Geschichte von schwarzen Frauen zum Beispiel - undenkbar als Unterrichtsthematik - aber was Maßstab dafür? Nur das was „wichtig" ist, ja, doch für wen?Es wurde hoffentlich deutlich, daß Geschichtsmanipulation da anfängt, wo eine Auswahl an vermeintlich relevanten Themen getroffen wird. Diese sind immer mit Zielen einer bestimmten Politik verbunden, denn einher mit der Schaffung eines Geschichtsbewußtseins läuft immer ein Grad von Identifikation mit denen, deren Geschichte wir vermittelt bekommen.Um nicht nur zu nörgeln und ohne Gegenperspektive rumzukritisieren, haben wir im Folgenden mehrere geschichtliche Artikel verfaßt, die alle unter das Schlagwort „9. November" einzuordnen sind. Auch hier handelt es sich mal wieder um deutsche Geschichte, die wir jedoch in dieser Kombination der einzelnen Daten und deren Zusammenhänge (denn es ist kein Zufall, daß vier prägende Ereignisse am gleichen Tag im Jahr geschehen) als sinnvoll und durchaus erwähnenswert halten. Viel Spaß dabei!Ansonsten bleibt noch zu sagen, daß, obwohl vieles in der Tat sehr madig abgeht, es sich in jedem Fall lohnt selbst in der Schule die Initiative zu ergreifen. Wenn irgendwas ätzend abläuft, z.B. bestimmte MitschülerInnen von dem Lehrer gepiesackt werden oder was auch immer, tut euch mit FreundInnen und MitschülerInnen und macht den Mund auf. Alleine ist das oft ziemlich frustrierend, zusammen kann man mit ein bißchen Druck und Dreistigkeit aber schon was bewegen. Also, schaut nicht weg.

DIE ZÄHNE ZEIGT WER DAS MAUL AUFMACHT!ZUSAMMEN GEHÖRT UNS DIE ZUKUNFT!



Novemberrevolution 1918

Als Novemberrevolution werden die politischen Aufstände in Deutschland im November 1918 bezeichnet.

Die politische Situation vor 1918

Die deutsche Bevölkerung stand zu dieser Zeit unter den Auswirkungen des ersten Weltkrieges: tausende fielen an den Fronten, die Ernährungslage war schlecht und die Preise für Nahrung und Bekleidung hoch. Auch machten Epidemien wie Grippe, Tuberkulose und Lungenentzündung der Bevölkerung zu schaffen. Und das alles bei einem Arbeitstag bis zu 16 Stunden.

Die einzigen, die vom Krieg profitierten waren die Oberen der Kriegsproduktion (z.B. Krupp). Rosa Luxemburg sagte hierzu: "Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen." Hinzu kam noch die diktatorische Situation durch die kaiserliche Regierung.

All dies ließ die Unzufriedenheit der Bevölkerung wachsen, aber auch Menschen großer politischer Fähigkeit entstehen. So z.B. Karl Liebknecht (siehe Kasten), welcher bereits am 2. Dezember 1914 als einziger im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmte und sich offen gegen Krieg und Militarismus aussprach ("Der Hauptfeind steht im eigenen Land").

Die Vorboten

Die Oktoberrevolution 1917 in Rußland zeigte, daß ein erfolgreicher Aufstand der ArbeiterInnen möglich sein konnte. So fand bereits vom 24.1. bis zum 4.2.1918 ein Streik von über einer Millionen ArbeiterInnen statt, welcher durchs Militär niedergeschlagen wurde und auf welchen starke staatliche Repression folgte. Um den Streik zu beenden bildete die SPD ein "Streikkomitee" und stellte sich hiermit auf die Seite der Reaktion. Verdeutlichend hierzu gab später Philipp Scheidemann zu: "Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären, dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar 1918 erledigt gewesen."

Nachdem sich im Sommer 1918 eine großangelegte Offensive der deutschen Armee im Westen in eine Niederlage wendete und die Westfront im Herbst schließlich gänzlich zusammenbrach, wurden Waffenstillstandsverhandlungen begonnen.

Zu diesem Zeitpunkt stand Deutschland quasi kurz vor der Revolution. Die ArbeiterInnenbewegung hatte sich in den letzten Jahren radikalisiert, sie ließ sich jedoch in drei Strömungen aufteilen. Diese waren zum einen die kaisertreuen, opportunistischen SozialdemokratInnen, zum anderen die revolutionäre Linke sowie zum dritten die ZentristInnen, die mehr oder weniger zwischen den beiden anderen schwankten. Zur revolutionären Linken gehörte



Ein Bild, welches der Vergangenheit anzugehören scheint: das Proletariat bewaffnet sich und kämpft für seine Rechte...

die Gruppe Internationale um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Peick, Clara Zetktin und Leo Jogiches, welche sich 1916 im Spartakus formierte und 1918/1919 zur Gründung der KPD führte. Diese trat für eine revolutionäre Klassenpolitik - nach dem Vorbild von Marx, Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht - sowie für den Kampf gegen Militarismus, Macht des Rüstungskapitals und den kapitalistischen Staat ein.

Zunächst führten sie jedoch einen Kampf innerhalb der SPD selbst - so z.B. in Bezug auf deren "Burgfriedenpolitik" mit der Regierung -, da sie vorerst nicht separieren wollten, sondern die Partei verändern, sie also zu einer Partei mit revolutionärer Zielsetzung zurückführen, wollten.

Um der wachsenden Unruhe im Reich entgegen zu wirken, ernannte Wilhelm II den angeblich liberalen Prinz Max von Baden zum Reichskanzler. Mit Hilfe der SolzialdemokratInnen sollte eine scheinbar parlamentarische Regierung gebildet werden, damit die Mächtigen ihre Macht weiterhin sichern und der Staat wie er war weiterbestehen konnte.

Dies schlug jedoch fehl: Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen waren die Folge. Forderungen nach Abdankung des Kaisers wurden laut, Soldaten verweigerten den Gehorsam etc..

Der Aufstand

Am 5.9.1918 entstand ein Matrosenaufstand in Kiel. Die deutsche Flotte sollte zum "Entlastungsvorstoß" für das Heer und gegen die überlegene englische Marine auslaufen, woraufhin die Matrosen den Gehorsam verweigerten und verhaftet wurden. Der Widerstand ganzer Marineeinheiten sowie die Entstehung von Matrosen und Soldatenräten waren die Folge.

Hamburg, Bremen, Braunschweig, Leipzig und München waren Zentren der revolutionären Erhebung. So rief in letztgenannter Kurt Eisner am 7.11. die Räterepublik aus. Spartakusbund, USPD, SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen etc. besetzten gemeinsam Fabriken (besonders innerhalb der Rüstungsindustrie), Kasernen und Polizeistationen. Auch fanden Befreiungen der politischen Gefangenen statt (z.B. Rosa Luxemburg).

Am 8.11. tagte ein Vollzugsausschuß (u.a. gebildet von Spartakusbund und USPD), der die Ausrufung eines bewaffneten Aufstandes am 9.11. mit gleichzeitigem Generalstreik beschloß und die Nachricht weiter vermittelte. Um dem Aufstand entgegen zu wirken, wurde Friedrich Ebert (SPD) zum kaiserlicher Reichskanzler ernannt, nachdem Prinz Max von Baden versuchte, Wilhelm II zum Abdanken zu bewegen und tags darauf selbst dessen Thronverzicht verkündete.

Am 9.11. erreichte die revolutionäre Erhebung jedoch auch Berlin, wo Karl Liebknecht um 16.00 Uhr auf dem Balkon des Schlosses die "Freie sozialistische Republik" ausrief.

Nur zwei Stunden zuvor hatte der eben erst gestürzte SPD-Staatssekretär Phillip Scheidemann bereits die "Frei deutsche Republik" ausgerufen. Da er von Liebknecht Vorhaben wußte, liegt es nahe, daß er dies hauptsächlich deswegen tat, um die Inhalte einer solchen Republik nicht "zu weit links" werden zu lassen.

Währenddessen bildeten sich überall im Reich örtliche ArbeiterInnen- und Soldatenräte als Organe der revolutionären Gewalt. Der ArbeiterInnen- und Soldatenrat von Berlin bestätigte den von SPD und USPD geplanten "Rat der Volksbeauftragten" unter Eberts Vorsitz. In diesem entfachte sehr schnell ein Streit darüber, ob der revolutionäre Weg zu einer Räterepublik nach Vorstellung der USPD (und des Spartakusbundes) oder zu einer auf allgemeinen Wahlen beruhenden Nationalversammlung führen sollte. Auf dem Reichskongreß der ArbeiterInnen- und Soldatenräte in Berlin vom 16. bis zum 20. 12.1918 wurde zunächst gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten und der von der SPD befürworteten Nationalversammlung das Vertrauen ausgesprochen, was einer Durchsetzung rechter Kräfte der SPD entsprach. Aufgrund des Strebens der SPD, die Nationalversammlung durchzusetzen verließ die USPD den Rat der Volksbeauftragten. Die Folge der Geschehnisse um die politische Zukunft waren Aufstände linksradikaler, revolutionärer Gruppen unter maßgeblicher Beteiligung des Spartakusbundes. Demzufolge werden diese als Spartakusaufstand oder auch als Januarkämpfe bezeichnet. Der Auslöser war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten E. Eichhorn, der als linker USPD-Mann die Interessen der ArbeiterInnen noch am ehesten wahrte. Der Zentralvorstand der USPD und die gerade gegründete KPD riefen zu Massendemonstrationen auf. Hunderttausende ArbeiterInnen und Soldaten folgten am 5.1. dem Aufruf mit den Forderungen: "Entwaffnung der Konterrevolution - Bewaffnung des Proletariats, Sturz der Ebert-Regierung, Eroberung der Macht durch das revolutionäre Proletariat".

Die Aufstände wurden von konterrevolutionären Truppen auf Eberts Befehl hin blutig niedergeschlagen.

Die Konterrevolution unter der SPD hatte offensichtlich gesiegt. Nichtsdestotrotz zeigte die Revolte ein vorher in Deutschland nicht erlebtes revolutionäres Potential und zeigte, daß eine Revolution potentiell möglich ist.

---

1 Dividenden: der jährlich auf eine Aktie entfallende Anteil an Reingewinn

ROSA LUXEMBURG

Rosa Luxemburg wurde am 5.3.1871 als Tochter einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie in Zamose geboren. 1873 zog sie mit ihrer Familie nach Warschau, wo sie später das Gymnasium besuchte. Hier beteiligte sie sich an einem illegalen polnischen revolutionären Zirkel und wurde so Teil der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. 1888 mußte sie ins Ausland emigrieren und begann ein Studium der Nationalökonomie in Zürich, welches sie 1898 mit einer Doktorarbeit abschloß. Hier lernte sie auch ihren späteren Lebensgefährten Leo Jogiches kennen. Im selben Jahr zog sie nach Deutschland, nachdem durch eine Scheinehe mit dem Sozialisten G. Lübeck deutsche Staatsangehörigkeit erlangte. Doch zuvor-1893- (und nach Ihrer Mitgliedschaft in der Polnischen Sozialen Partei (PPS)) gründete sie mit Julian Marchlewski und A. Warszawski die internationalen "Sozialdemokraten des Königreiches Polen", die nach der addierung eines Litauischen Zweiges mit SDKPiL abgekürzt wurde.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland trat sie in die Sozialdemokratische Partei Deutschland ein und beteiligte sich bald an der aufkommenden Kritik an der revisionistischen Politik Bernsteins, welcher der Meinung war, der Kapitalismus könne durch Reformen zum Sozialismus übergehen. Dieses Thema behandelte Rosa Luxemburg auch in ihrer 1900 erschienenen Streitschrift "Sozialreform oder Revolution?". Es begann innerhalb der SPD ein Kampf des revolutionären Flügel unter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen die oppotionistische 1Opposition.

Im Dezember 1905 reiste sie mit falschen Papieren nach Polen und beteiligte sich in Warschau an der russischen Revolution (ein Teil Polens gehörte damals zu Russland), wo sie verhaftet, jedoch auf Kaution wieder freigelassen wurde.

1907 begann sie ihre Tätigkeit als Lehrerin an der Berliner Parteischule der SPD für Nationalökonomie. Anhand



von Erfahrungen aus der russischen Revolution propagierte sie die Aneignung neuer Kampfmittel, wie z.B. den Massenstreik und entwickelte zudem die antimilitaristische Taktik der alten deutschen Sozialdemokratie von August Bebel und Wilhelm Liebknecht entsprechend der veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen weiter. Auch entwickelte sie eine eigene "Imperialismus-Theorie" (" die Akkumulation des Kapitals" 1913).

Unter anderem ihren Verpflichtungen der Sozialdemokratischen Partei Polen und Litauens kam sie über ihre Mit-

gliedschaft im Internationalen Büro nach.
Rosa Luxemburg nahm deshäufigeren an sozialistischen Kongressen teil, bei welchen sie als Rednerin auftrat. Diese Tätigkeit verfolgte sie auch in Deutschland in Form von Rundreisen, bei denen sie bei Veranstaltungen für ArbeiterInnen etc. sprach. Nachdem sie 1914 bei einer solchen Veranstaltung die ArbeiterInnen aufgerufen hatte, "die Mordwaffe nicht gegen ihre Klassenbrüder in anderen Ländern zu richten", wurde sie nach zwei politischen Prozessen zu über einem Jahr Knast verurteilt. Begründet durch die Empörung im In- und Ausland über dieses Urteil, bekam sie einen Haftaufschub bis 1915.
Nach Ausbruch des Krieges verschärfte sich die Kritik des revolutionären SPD-Flügels- so auch die von Rosa Luxemburg (" Die Krise der Sozialdemokratie" 1913) an dem reformistischen Teil der Partei (hierzu siehe "Kriegskredite" im Kasten " Karl Liebknecht"). Im Juli 1916 wurde Rosa Luxemburg in "Schutzhaft" genommen, wo sie jedoch trotzdem ihren publizistischen Tätigkeiten weiter nachging.
Rosa Luxemburg gehörte mit Karl Liebknecht und anderen zum 1917 entstandenem Spartakusbund, welcher am 30.12.1918/1.1.1919 in Kommunistische Partei Deutschland (KPD) umgenannt wurde. Das Programm hierfür schrieb Rosa Luxemburg, die einen Großteil der theoretischen Arbeit innerhalb der Bewegung erledigte.
Am 8.Nov. wurde Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis in Breslau befreit. Trotz zuvoriger Kritik an dem konkreten Vorgehen der Oktoberrevolution in Russland sowie einiger Bedenken den Verboten der Kämpfe des 9.Nov. gegenüber, erklärte sich Rosa Luxemburg den Aufständischen solidarisch, auch um die eventuelle Revolution in Richtung einer sozialistischen Räterepublik zu lenken.

KARL LIEBKNECHT

Karl Liebknecht, Sohn des Sozialisten Wilhelm Liebknecht wurde am 13.08.1871 in Leipzig geboren. Schon der Vater erregte Aufsehen durch seinen Widerstand gegen das preußische Regime. Vor allem durch seine Publikationen gelang es ihm eine breite kritische Öffentlichkeit gegen die preußische feudal Herrschaft zu mobilisieren.



Karl Liebknechts politische Agitation begann erst um die Jahrhundertwende, diese äußerte sich mit dem beitritt zur SPD. Sein Schaffensdrang verhalf ihm zu einem schnellen Aufstieg innerhalb der Partei. Daraus resultierte, daß er in der Zeit von 1902 bis 1913 Stadtverordneter in Berlin war. Dazu kommt noch ein Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus, in den Jahren 1908 - 1916. Im Jahr 1912 wurde er auch in den Reichstag gewählt. Dieses Mandat nahm er ebenfalls bis 1916 wahr. In der ganzen Zeit bekannte er sich zum "linken Flügel" der SPD, deren Hauptanliegen es war den drohenden Weltkrieg zu verhindern. Jedoch hat nur Karl Liebknecht, als einziger Abgeordneter gegen die Kriegskreditbewilligung gestimmt (02.12.1914). Diese dienten dazu die Kriegsindustrie zu subventionieren, durch diese Subvention wurde der erste Weltkrieg finanziert. Für Karl Leibknecht war es selbstverständlich, daß er die Kredite ablehnte, da er sich selbst als "millitanten Kriegsgegner" titulierte. Seine erste Verurteilung zu diesem Thema wurde auch schon 1907 gefällt, wegen der Broschüre "Militarismus und Antimilitarismus". Die Strafe betrug damals eineinhalb Jahre Gefängnis.
1914 war er als Mitbegründer und Präsident in der Sozialistischen Jugendinternationalen aktiv (..., muß noch ergänzt werden). Ein Jahr später sollte er zum Kriegsdienst eingezogen werden, hat diesen jedoch verweigert. Über eventuelle Folgen der Verweigerung ist nichts bekannt.
An der Gründung des Spartakusbundes waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sehr engagiert, was wohl daran lag, daß der Gründung des Bundes die Spartakusbriefe zuvor gingen, dessen Verfasser/in unter anderem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren.
Im April 1917 schloß sich der Spartakusbund der Unabhängigen SPD (USPD) an. Der USPD spaltete sich von der SPD ab, weil sie die Tendenz gesehen haben, daß die SPD dem Krieg zustimmt, und damit ihre WählerInnen betrogen hat. Der Bund stand damals klar unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. In der USPD vertraten sie "radikale sozialistische Demokratie" . Nach knapp 2 Jahren verließ der Spartakusbund die USPD, wenig später löste sich der Bund selber auf.
Weil Karl Liebknecht auf einer Anti-Kriegskundgebung eine Rede hielt, erhielt er seine zweite Verurteilung. Dies mal zu vier Jahren Zuchthaus, von denen er aber nur zwei Jahre "verbüßen" mußte, der Grund dafür war seine Begnadigung am 23.10.1918. Im verlauf der Novemberrevolution rief er die "freie sozialistische Republik" aus, Scheidemann hatte davon gehört, daß Karl Liebknecht das vor hatte, deshalb rief er schon am gleichen Tag, jedoch schon drei Stunden zuvor die "deutsche Republik" aus. Das hatte zur Folge, daß der Ausruf von Karl Liebknecht nicht so

stark beachtet wurde. Hätte Scheidemann nichts von den Plan gewußt, hätte er die "deutsche Republik" wohl niemals ausgerufen.



Am 30.09.1918 wurde aus Teilen des Spartakusbundes die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) gegründet. Auf dem Gründungsparteitag hielt Karl Liebknecht eine der Gründungsreden, eine weitere hielt Rosa Luxemburg. Einige Monate später sprachen sich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegen die Aufstellung der KPD zur Wahl der Nationalversammlung aus, weil dies nicht den Vorstellungen eines Rätesystems entspricht. Hinzu kommt noch, daß mit der Wahl die Ziele der Revolution vernachlässigt wurden, und damit das scheitern der Novemberrevolution unaufhaltsam war. In der Zeit trat Karl Liebknecht mehr für das Rätesystem ein, was manche dazu benutzten um den Spartakusaufstand zu initiieren. Diesen hielten sowohl Karl Liebknecht wie auch Rosa Luxemburg für verfrüht. Es war aber zu spät den Aufstand aufzuhalten, deswegen versuchten sie ihn noch so produktiv wie möglich zu gestalten. Dies gelang aber nicht, weil sie am 15.11.1919 von teilen des alten Heeres und Freiwilligen Korps in Berlin verhaftet und ermordet wurden. Dies geschah auf Befehl des Reichskanzlers Eberts (SPD). Zunächst wurden die beiden in ein Berliner Hotel gebracht. Dort wurden sie Stundenlang verhört und mißhandelt. Mit der Argumentation, daß mensch sie in ein anderes Gefängnis bringen müsse, verließen sie mit den Freikorps das Hotel. Vor der Tür wurden sie dann so stark mit Knüppeln geschlagen, daß wohl schon zu diesem Zeitpunkt schwer verletzt waren, wenn nicht sogar Tod. Anschließend haben die Freikorps die beiden erschossen, und rosa Luxemburg in den Landwehrkanal, Karl Liebknecht wurde "Offiziell" auf der Flucht erschossen. Bei Rosa Luxemburg wurde versucht die Entführung wie auch die Ermordung zu verschleiern, damit es keinen Massenaufstand gibt. Das hat auch (leider) geklappt, da die Leiche von Rosa Luxemburg erst Wochen später angespült wurde. Aber trotzdem gab es nach bekannt werden der Tat spontane Demonstrationen, und heute demonstrieren immer noch Tausende am Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin. Später wurde immer wieder versucht das Verbrechen an den beiden zu tuschieren, der Ermitlungsausschuß denn es gab, hat es nicht einmal versucht die waren Schuldigen zu finden, er hat sie viel mehr gedeckt und aktiv dazu beigetragen die Morde zu verschleiern. Auch heutzutage wird versucht die Geschehnisse zu verbergen. In der Schule wird das Thema elegant umgangen, und auch die Medien schweigen sich aus. Was für ein Zusammenhang darin besteht liegt klar auf der Hand. Personen aus dem Linken Spektrum gehören nicht in die Geschichte.

ALLE MACHT DEN RÄTEN!

Das Rätesystem, die direkte Demokratie.

Vom Geschichtsunterricht meist ignoriert, in der heutigen gesellschaftlichen Diskussion bewußt nicht beachtet, verschwimmen die Begriffe Rätesystem, Rätedemokratie, Räterepublik heute irgendwo im Nebel der abgeschlossen gehofften Geschichte.

Anläßlich des 9.November, mit Blick auf die Proklamation der Räterepublik am 9.11.18 durch Karl Liebknecht, wollen wir uns mit diesem durchaus interessanten Entwurf gesellschaftlicher Organisation befassen.

Eine Alternative zum Bestehenden...

Unsere Ablehnung gegen das bestehende System können wir an vielen Punkten konkret festmachen. Schwieriger ist die Frage nach einer Alternative zum Bestehenden. Sicherlich ist diese nicht Voraussetzung für den Willen nach einer radikalen Veränderung des Systems, doch wird der Wunsch nach Gerechtigkeit, Menschenrechten und Solidarität immer wieder als ideologische Spinnerei belächelt.

Das Rätesystem ist jedoch nicht bloß eine schöne Utopie, sondern ein in der Vergangenheit mehrfach praktizierter Versuch von Arbeitern, Bauern und Soldaten, dem zu ihrer Zeit herrschenden System entgegenzutreten. Sie traten dafür ein, daß in einem durch eine Revolution neu entstandenem System alle Menschen ein Mitspracherecht erhalten und ihre eigenen Vorstellungen einbringen können.

Die neu gebildeten Räte sollten die Ausbeutung durch die Oberschicht nicht nur vermindern, sondern gänzlich aufheben. Diese bedingungslose Herrschaft des Volkes sollte die Gefahr der Bildung einer neuen Elite verhindern. Der Organisation der Räte liegt das Prinzip der Selbstverwaltung zugrunde. Sie ist von allen bisher bekannten Gesellschaftsformen die konsequent demokratischste, wobei sie sowohl den politischen als auch den wirtschaftlichen Bereich umfaßt.

...das Rätesystem in seinen Grundsätzen:

An der Basis, welche sich in sachlichen (Arbeitsplatz)

oder in geographischen (Wohnort) Zusammenhängen organisiert, bilden sich die sogenannten Basisgruppen. Diese Basisgruppen wählen Delegierte, z.B. Bezirksräte, die mit den Delegierten des gesamten Bezirks den Bezirksrat bilden. Diese Bezirksräte wählen wiederum delegierte Räte - nämlich Landesräte - und jene aus ihrer Mitte einen für große Regionen/Staat zuständigen Zentralrat.
In solcher Form können Räte auch über einen großen geographischen Raum arbeitsfähig bleiben, sofern die Mitgliederzahl der Menschen in den einzelnen Räten begrenzt bleibt und nicht utopische Ausmaße annimmt.

Die delegierten Räte unterliegen permanenter Kontrolle der Basis. Sie haben ein imperatives Mandat, d.h. sie sind immer an das Abstimmungsergebnis der Basisgruppe gebunden und müssen dieses Ergebnis als Delegierte ihrer Gruppe in den Räten vertreten.
Ein weiteres Element der Kontrolle durch die Basis ist, daß im Rätesystem alle Sitzungen öffentlich sind und somit auch sämtliche Entscheidungen öffentlich gefällt werden. Weicht das Abstimmungsverhalten und die Arbeit eines Delegierten von den Beschlüssen der Basisgruppe ab, ist ein sofortiger „Rückruf" möglich und es werden neue Räte delegiert, welche das Vertrauen der Basisgruppe besser rechtfertigen können. Ferner gibt es das Prinzip der Ämterrotation, das Ämterhäufung sowie Machtkonzentration durch langjährige Tätigkeit auf einem Gebiet bzw. in einer Einrichtung, verhindern soll.

Die liberale Gewaltenteilung wird im Rätesystem vollständig aufgehoben. Die Basisgruppen üben sowohl die legislative (gesetzgebende), als auch die exekutive (vollziehende) und judikative (richterliche) Gewalt aus. Damit verlieren die bisher staatlichen Institutionen ihre Qualität als Herrschaftsinstrumente, die Gewalten werden in die Volksherrschaft integriert. „Alle Macht den Räten" bedeutet somit auch, daß sie nicht nur selbst ihre Gesetze geben, sondern auch die Beamten gewählt und kontrolliert werden, welche die Gesetze ausführen und ebenso die RichterInnen, die zu urteilen haben. Auch ihr Status ist - wie jener der Räte - nicht unantastbar, auch sie können jederzeit einem „Rückruf" unterliegen.
Die wirkliche Demokratie als Selbstbestimmung des Volkes liegt vor allem darin, daß in allen Institutionen gewährleistet ist, daß die Beschlüsse des Volkes auch wirklich ausgeführt werden. Hinzuzufügen wäre noch, daß die Räte den Durchschnittslohn eines Arbeiters verdienen.

Räte im 3er-Pack...

In der eigenen Geschichte sind die Räte in ihren Funktionen in drei Typen einteilbar. Als Interessenvertretungen wurden sie oft vom Staat gebilligt, z.B. als Streikräte. Nach Beendigung eines Streiks lösten sich diese jedoch wieder auf. Ein weiterer Typ sind die Revolutionsräte, welche sich als Kampforganisationen bei Revolutionen bildeten. Sie bemühten sich, nicht nur für die Dauer einer Revolution zu bestehen, sondern in die dritte Form überzugehen - die Staatsform. Voll in Erscheinung traten Revolutionsräte schon in vielen Teilen der Erde. Sie sind z.B. in der Pariser Kommune von 1871, in der Russischen Revolution von 1905 sowie in der November- und Oktoberrevolution von 1917/18 zu finden. Ebenso in Deutschland 1918/19, in Spanien 1936 sowie in Polen und Ungarn 1956.
Die dritte Form des Rätesystems gab es in der Vergangenheit immer nur für kurze Zeit. Oft wurden die Versuche des Aufbaus einer Rätedemokratie blutig niedergeschlagen oder später in die Herrschaft einer Partei umfunktioniert, in welcher die Räte nur noch formal vorhanden waren.
Probleme beim Rätesystem ergeben sich in der Frage der Arbeitsfähigkeit der Räte. Es ist sicher ein hohes Maß an Organisation nötig und es besteht die Anforderung an die Menschen, sich mit dem alltäglichen politischen Leben auseinanderzusetzen.

Räte und Parlament - der Vergleich:

In unserer heutigen Gesellschaft, welche sich größtenteils am Konsum orientiert, interessiert sich der größte Teil der Leute ohnehin nicht für politische Vorgänge. Dieses Phänomen wäre wohl in einer anders organisierten Gesellschaft auch nicht auszuschließen - wobei sich jedoch vermuten ließe, daß die Möglichkeit sich selbst einzubringen und das politische Leben mitzubestimmen, bei einem Großteil der Menschen Interesse und eigene Aktivität wecken würde.
Es ist an diesem Beispiel auch gut zu erkennen, daß Demokratie nicht gleich Demokratie ist. Das Grundgesetz der Bundesrepublik schreibt eine Repräsentative Demokratie fest. Die BürgerInnen können alle vier Jahre wählen, sonst erhalten sie keine Mitwirkungsmöglichkeit.

Im Rätesystem dagegen wird vom Volk direkt über auftretende politische Problemfelder abgestimmt; es existiert kein Parlament. Die Organisierung des Rätesystems steht im Gegensatz zum System der BRD. In der BRD wählen die BürgerInnen jene Parteien bzw. Kandidaten, die in ihrer Programmatik der eigenen am nächsten kommt. Dies bedeutet aber noch lange nicht, daß die Abgeordneten im Parlament die Meinung der Basis oder das von ihrer Partei entworfene Wahlprogramm vertreten. Das Mandat der Abgeordneten ist ein freies. Sie können eigenmächtig Entscheidungen fällen, da sie nur ihrem eigenen Gewissen verpflichtet sind. So kommt es auch vor, daß sie nicht einmal die Meinung ihrer Partei vertreten. So ist die Umsetzung des Willens eines breiten Spektrums nicht gewährleistet. Die Identifikation der WählerInnen mit den Politikern ist nicht möglich, weil diese durch ihre Abgehobenheit sowie Isoliertheit vom „normalen" Leben, die Wünsche und Probleme des/der „NormalbürgerIn" gar nicht mehr wahrnehmen. Es existiert nicht -wie etwa im Rätesystem- die Kontrolle der WählerInnen über die Gewählten.

Hier und heute...

Es soll durch diesen Text nicht der Eindruck entstehen, daß es realistisch sei, von heute auf morgen ein Rätesystem in der BRD zu organisieren.

Es gibt sicher viele Voraussetzungen für einen revolutionären Umsturz sowie für die Möglichkeit der Organisation von Räten, welche erst einmal erfüllt werden müssen. Beispiele hierfür sind eine revolutionäre

Stimmung und die Bereitschaft der Bevölkerung, sich massenhaft zu organisieren. Alles mit dem Ziel, den Kampf um die Macht ernsthaft zu beginnen. Eine weitere Voraussetzung ist die Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Krise, da mit einer solchen Verschärfung auch der Wunsch der Bevölkerung nach politischen Veränderungen zunimmt - und damit die Chancen für einen Machtwechsel besser stehen.

Vielleicht ließen sich hieraus auch Gründe für das oftmalige Scheitern des Rätesystems ableiten, da diese Voraussetzungen nur teilweise bzw. ungenügend erfüllt waren. Diese Voraussetzungen sind in den kapitalistischen Ländern auch (noch) nicht erfüllt. Sobald es jedoch nur geringe Anzeichen für das Erstarken einer revolutionären Bewegung gibt, werden diese vom Staat mit aller Härte unnachgiebig bekämpft.f

9.11.`23 - " Hitlerputsch "

Wohl lernen wir irgendwann einmal in der Schule, daß Adolf Hitler irgend so einen Marsch veranstaltet haben soll. Aber wann und warum gerade dann und vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund, wird nur sehr am Rande betrachtet.

Seit 1921 war Hitler 1.Vorsitzender wirksamste Figur der 1920 entstandenen NSDAP, die ihren Einfluß zunächst hauptsächlich nur in Bayern geltend machen konnte. Zwischen Bayern und dem Reich bestanden zu jener Zeit starke Spannungen und die nationalistischen Gruppen und Wehrmachtsverbände, welche in General a.D. E.Ludendorff (General im 1. Weltkrieg) einen prominenten Schirmherren fanden , erhielten zunächst die wohlwollende Unterstützung der bayrischen Regierung unter v. Kahr.

Inspiriert durch Mussolinis „Marsch auf Rom", welcher im Jahre 1922 die italienischen Faschisten an die Macht brachte, inszenierte Hitler am 09.11.1923 den „Marsch auf die Feldherrenhalle" in München. Dieser sollte nach italienischem Vorbild in einen „Marsch auf Berlin" münden. Hierfür erklärte Hitler die Reichsregierung bereits einen Tag zuvor für abgesetzt. So sollte die bayerische Regierung von dieser Idee mitgerissen werden. Die zunächst von ihm eingespannten konservativen Politiker und Militärs lösten sich von ihm jedoch noch am Abend de achten. Lediglich General a.D. E.Ludendorff verblieb ihm als Verbündeter. Am 09.11. zogen schließlich mehrere Tausend SA-Männer und NSDAP-Anhänger mit den beiden Genannten zur Feldherrenhalle. Doch wurde dieser „Putschversuch" von Reichswehr und Polizei gestoppt. Er endete in einem Schußwechsel, bei dem 16 Putschisten und 3 Polizisten getötet wurden. Nach der darauf folgenden Flucht Hitlers wurde dieser am 11.11. verhaftet. Seine Verurteilung belief sich auf fünf Jahre Festungshaft im doch wahrscheinlich nicht allzu gemütlichen Landsberg, obwohl er als Österreich nach dem „Republikschutzgesetz" hätte ausgewiesen werden müssen. Ludendorff hingegen wurde in Würdigung seiner „Verdienste" als Feldherr freigesprochen. Bereits nach acht Monaten, in denen er den ersten Teil seines Buches „Mein Kampf" verfaßte (der zweite Teil entstand 1925-27) - später sozusagen die „Bibel des Nationalsozialismus" - wurde Hitler vorzeitig entlassen; ein Hinweis auf den Umgang der deutschen Justiz mit Faschisten und deren augenscheinliche Sympathieverteilung.

Zurück in München gründete er die nach dem 9.11. verbotene NSDAP erneut. Der 9.November 1923 sollte exakt fünf Jahre nach der „verhaßten Revolution von 1918 und deren Novemberverbrechern" als deren Gegengewicht fungieren So wurde dieser Tag in den Jahren nach der Machtübertragung auf die NSDAP 1933 zum höchsten und mystisch verklärten Feiertag der

Faschisten, welchem jährlich mit einer Wiederholung des „Marsches" und vielen Ehrungen der „Helden" von 1923 gedacht wurde. So wurden allen Überlebenden der sogenannte „Blutorden" (die höchste Auszeichnung der NSDAP) verliehen. Die 1923 mitgeführte Fahne wurde zum „heiligsten Symbol der Bewegung" erklärt und mit ihr dann auch sämtliche Standarten, Fahnen u.ä. der NSDAP geweiht. Ferner vereidigte die Partei alljährlich am Abend dieses Datums die neuen SS-Männer auf dem Königsplatz vor der Feldherrenhalle.

Das politische und wirtschaftliche Klima im Jahre 1923

Anfang des Jahres 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um Reparationsansprüche geltend zu machen. Dies rief eine nationale Welle der Empörung hervor und es wurde u.a. seitens der Regierung zum passiven Widerstand aufgerufen. Jener Widerstand ließ die deutsche Wirtschaft, durch Sabotageaktionen sowie Produktionsausfälle gepaart mit Kriegsverschuldung und



Nationalistischer Aufruf zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

Reparationsverpflichtungen, in eine Krise stürzen. Starke Inflation war die Folge, welche im November 1923 zwar bewältigt werden - war der Stabilität der Regierung sowie dem Vertrauen der Bevölkerung in diese jedoch nicht gerade zuträglich. So entwickelte sich, bedingt durch eine Rechtswendung des Bürgertums und durch Politisierung der Reichswehr ein stark nationalistisches Klima in Deutschland.

Im Geschichtsunterricht wird uns erzählt, daß das „Krisenjahr 1923 der ideale Nährboden extremistischer Aktivitäten beider Seiten" gewesen sei und daß so die Extrempole der Linken und Rechten die Weimarer Republik zerrieben und zerstört hätten. Auffällig ist jedoch, daß die staatliche Gewalt schon damals wesentlich stärker gegen kommunistische bzw. links-progressive Menschen vorging, wohingegen die bürgerliche Gesellschaft bald mit der faschistischen Ideologie zumindest sympathisierte. Waren Antisemitismus sowie Nationalismus doch seit langem bürgerlicher Konsens. (Dessen radikale Umsetzung durch die Nazis basierte weder auf humanitären Grundsätzen, noch auf der Rechtsnorm. Sie stellte hierbei nur eine neue Dimension dar.) So handelt es sich in den Jahren vor 1933 vielmehr um einen Prozeß der Faschisierung der Gesellschaft und des Staates , als daß die Faschisten in die Macht in einer Nacht- und Nebelaktion an sich gerissen hätten. So wurde das ohnehin schon in der Bevölkerung vorhandene Denkrasta von Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und Sexismus in den Jahren zuvor, zunehmend geschürt. Die neue Qualität bestand nach der Machtübernahme in der nun unverschleiert möglichen Vernichtung jeglicher GegnerInnen, wie z.B. Gewerkschaften sowie Instanzen der parlamentarischen Machtausübung. Die Ermöglichung der Machtübernahme der NSDAP lag vielmehr in dem gesellschaftlichen Klima, in der Entwicklung des Staates sowie sicherlich auch im Interesse wirtschaftlicher Machtfaktoren, welche sich durch einen faschistischen Staat Vorteile erhofften.

9.Nov. 1938: Reichspogromnacht - und heute?

Am 9.11..1938 erlebte die Verfolgung jüdischer Menschen in Deutschland einen vorläufigen Höhepunkt. Im ganzen Land wurden Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Friedhöfe geschändet, Gebäude und Wohnhäuser zerstört, ca. 26000 AnhängerInnen des jüdischen Glaubens verhaftet und deportiert, 91 wurden ermordet.

Nach der Annexion Österreichs im März `38 entzog die polnische Regierung am 30.10. allen Juden/Jüdinnen, welche länger als fünf Jahre ohne Unterbrechung im Ausland lebten, die polnische Staatsbürgerschaft. Damit war gegeben, daß Deutschland die, vor allem in Österreich lebenden, jüdischen PolInnen nicht mehr nach Polen abschieben konnte. Das Auswärtige Amt von Deutschland gab der Gestapo (Geheime Staatspolizei) am 26.10. den Auftrag, alle jüdischen PolInnen innerhalb von vier Tagen abzuschieben, welche sich dann auch unverzüglich und mit aller Brutalität ans Werk machte.

Unter den Deportierten befand sich auch die Familie Grünspan, deren Sohn Herschel zu dieser Zeit in Paris lebte. Als ihn eine Karte der Familie erreichte, kaufte sich Herschel eine Pistole und erschoß damit am 7.11. den deutschen Legationssekretär Ernst von Rath in der deutschen Botschaft in Paris. Aus diesem Attentat inszenierte die nationalsozialistische Propagandamaschinerie einen Angriff des "internationalen Judentums" auf das deutsche Reich. Das DNB (Deutsches Nachrichten Büro) gab folgende Anweisung an alle Redaktionen zur Berichterstattung über die Pariser Ereignisse:

"Alle deutschen Zeitungen müssen in größter Form über

das Attentat auf den Legationssekretär an der deutschen Botschaft in Paris berichten. Die Nachricht muß die erste Seite voll beherrschen. Nachrichten über den ernsten Zustand des Herrn von Rath werden durch das DNB ausgegeben. Er schwebt in größter Lebensgefahr. In eigenen Kommentaren ist darauf hinzuweisen, daß das Attentat des Juden, die schwersten Folgen für die Juden in Deutschland haben muß, und zwar auch für die ausländischen Juden in Deutschland [...]."

Am 9. November trafen sich die NSDAP-Parteigrößen im alten Rathaussaal in München, um des mißglückten Hitlerputsches vor 15 Jahren zu gedenken. Gegen 21.Uhr erreichte Hitler die Nachricht, daß von Rath seinen Verletzungen erlegen war. Nach einer kurzen Besprechung mit Goebbels verließ Hitler die Versammlung, um sich den Rückzug gegenüber den anderen Staaten offenzuhalten. Daraufhin hielt Goebbels eine Rede zum Tod von Raths, die in einem Appell nach Rache gipfelte. Parallel dazu wurde ein Befehl an die SS gegeben, sich in Zivil ("Räuberzivil" laut NSDAP-Aufruf), unter die Bevölkerung zu mischen, um Massendemonstrationen zu inszenieren, aus denen das Pogrom organisiert wurde. Dies verdeutlicht, daß es sich nicht um den spontanen Volkszorn, sondern um eine geplante Aufstachelung der Massen handelte, die dann bewußt gelenkt wurde.



Großdeutscher Volkssport: Synagogen in Brand setzen...

Am folgenden Tag wurden den Redaktionen wieder detaillierte Anweisungen gegeben. Die Version des DNB lautete:

"DNB Berlin, 10.November. Nach Bekanntwerden des Ablebens des durch feige jüdische Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Parteigenossen von Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt. Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft."

Das Propagandaministerium gab dazu folgende Anweisung:

"Im Anschluß an die heute morgen ausgegeben DNB-Meldung können eigene Berichte gebracht werden. Hier und dort seien Fensterscheiben zertrümmert worden, Synagogen hätten sich selbst entzündet oder seien sonstwie in Flammen aufgegangen. Die Bericht sollen nicht allzu groß aufgemacht werden, keine Schlagzeilen auf der ersten Seite. Vorläufig keine Bilder bringen. Sammelmeldungen aus dem Reich sollen nicht zusammengestellt werden, aber es könne berichtet werden, daß auch im Reich ähnliche Aktionen durchgeführt worden seien. Einzeldarstellungen darüber sind zu vermeiden. Über örtliche Vorgänge könne ausführlicher berichtet werden. Dies alles nur auf den zweiten oder dritten Seiten. Wenn Kommentare für nötig befunden werden, so sollen sie nur kurz sein, und etwa sagen, daß eine beträchtliche begreifliche Empörung der Bevölkerung eine spontane Antwort auf die Ermordung des Gesandschaftsrates gegeben habe."

Die Folgen...

Das Pogrom war der Beginn, der weitreichenden Verfolgung von AnhängerInnen des jüdischen Glaubens sowie allen Menschen, welche die Nazis als "unwertes" Leben bezeichneten. Waren es anfangs vor allem KommunistInnen, die "Rote Gefahr", deren politisches Selbstverständnis die Zerschlagung des Faschismus als totalitärste Spielart des Kapitalismus implizierte und somit vernichtet werden mußte, so richtete sich das faschistische System bald darauf gegen weitere Gruppen. Das heißt Homosexuelle, Sinti & Roma, überzeugte Christen ebenso wie psychisch und physisch Kranke. Nicht das Motiv der Vernichtung des politischen Feindes, sondern die Ideologie "unwerten Lebens" stand nun im Vordergrund. Nicht nur ideologisch, sondern auch real sollte der "deutsche arische Volkskörper" geschaffen werden

Deutschlands braune Kontinuität...

Vom 19.9.1991 bis zum 22.9.1991 griffen hunderte von Neonazis, welche vom Beifall der schaulustigen Menge unterstützt wurden, ein mosambikanisches und ein Wohnheim vietnamesischer ArbeiterInnen in Hoyerswerda an. Es hagelte Brandsätze und Pflastersteine auf die Häuser, von deren Dächern sich die Bewohner mühsam verteidigten. Die Polizei, Schützerin von "Recht und Ordnung", war nirgends zu sehen. Letztendlich wurden die Bewohner auf die Initiative eines Priesters evakuiert, die Nazis hatten ihr Ziel erreicht.

Knapp ein Jahr später, vom 22.8 bis zum 24.8.1992, flogen wieder Brandsätze und Steine. Erst gegen die zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende, dann gegen ein Wohnheim vietnamesischer ArbeiterInnen, diesmal in Rostock-Lichtenhagen. Dort konnten sich, wieder einmal, die BewohnerInnen nur z.T. schwerverletzt retten. Wieder tobte die Menge in Beifall oder trug die ein oder andere Flasche fürs Vaterland. Diesmal jedoch wußten die Bullen schon Tage vorher Bescheid, hunderte von ihnen standen

da und taten nichts. Sie sahen seelenruhig zu, wie Nazis mit Baseballschlägern bewaffnet durch das Wohnheim rannten und alles kurz und klein schlugen, was ihnen in die Quere kam. Während dessen schleuderten ihre braunen "Kameraden" draußen unentwegt Brandsätze, welche einkaufswagenweise herangeschafft wurden, gegen das Haus. Eilig angereiste AntifaschistInnen, welche das Wohnheim schützen wollten, wurden rigoros eingeknastet. Dadurch wurde ein Schutz der Flüchtlinge verhindert Beide Fälle wollte die Politik, wie so viele andere auch am liebsten verschweigen. Selbst die berühmten Lichterketten, welche die Aufrichtigkeit der Deutschen gegen den Rassismus verdeutlichen sollten, waren nicht mehr als eine Pflichtveranstaltung, die den antifaschistischen Schein bewahren sollten und wurden von privaten Gruppen inszeniert.

Es könnte der Eindruck entstehen, diese Bilder spielten sich in der gleichen Epoche ab. Doch die Progrome vom 19.9.1991 und vom 22.8.1992 fanden, im Gegensatz zum Progrom vom 9.11. 1938, nicht im III. Reich, sondern in einem angeblich menschenrechtsachtenden Staat statt. Die eben beschriebenen Fakten weisen eindeutig eine Parallele zu den Geschehnissen im III. Reich auf. Es geht nicht darum, die Verbrechen miteinander gleichzusetzen, würde dies doch den Terror in seiner einzigartigen Qualität von damals verharmlosen und zu einem gewissen Grad leugnen. Gleich ist jedoch die Systematik, mit welcher Pogrome begangen wurden bzw. werden.

Sinn und Zweck von Pogromen...

Allen Pogromen ist gemein, daß sie auf rassistischen Ideologien aufbauen. Das, durch ein Pogrom aufgebaute Gemeinschaftsgefühl, historisch gesehen "Volksgemeinschaft", trägt dazu bei, daß die Beteiligten "gleichgeschaltet" werden.

Eine Bevölkerungsgruppe wird zum Sündenbock für alle Mißstände auf der Welt erklärt. *"Die Juden sind schuld", "Die Zigeuner sind schuld", "Die Kommunisten sind schuld", "Die Chaoten sind schuld"* und so weiter. Wieso und woran sie schuld sind, ist zunächst unwichtig, wichtig ist nur, daß durch ihre "Haftbarmachung" der soziale und psychische Unfrieden mit der Eliminierung der Schuldigen beseitigt wird. Damit liegt die Funktion von Pogromen klar auf der Hand. Entstehende Klassenkämpfe sollen dadurch, daß das Feindbild der ArbeiterInnen von den AusbeuterInnen auf "Andersartige" projiziert wird, verhindert werden.

Wie geht`s? - Natürlich deutsch!
6 Jahre nach dem Ende der DDR
und was wir dazu noch sagen wollten...

"Die Unternehmer und Politiker aller bürgerlichen Parteien und große Teile der SPD und der Grünen fordern lauthals die Wiedervereinigung. Doch den Menschen in der BRD und der DDR nützt das wenig. In der DDR bedeutet dies (wie es jetzt schon anfängt), daß BRD-Konzerne dort die Industrie übernehmen...Für die DDR bedeutet eine Wiedervereinigung gleichzeitig das Wiederaufleben des Faschismus..."

Wo das gestanden haben mag? Im Hamburger Antifa-Jugendinfo - und zwar im Jahr 1990. Rund ein halbes Jahr nach dem Mauerfall, der geschichtsträchtig am 9. November 89 inszeniert worden war und rund ein halbes Jahr vor der endgültigen Vereinigung durch die ersten "gesamtdeutschen Wahlen" am 3. Oktober 1990.

Mittlerweile sind 6 Jahre vergangen und es lohnt sich auch heute noch, über die "Wiedervereinigung", die wir im folgenden natürlich konsequent in Anführungsstriche setzen werden, nachzudenken.

Viele - das ist in diesem Zusammenhang allein eine Altersfrage - konnten die politische Entwicklung Ende der 80er Jahre nicht bewußt verfolgen. Die Tatsache, daß es keine DDR mehr gibt, sondern nur noch Deutschland und das auch noch im Kingsize-Format, macht für die heutige Generation politisch aktiver Jugendlicher keinen Unterschied. Sie kennen es ja nicht anders.

Trotzdem über die "Wiedervereinigung" reden zu wollen, bedeutet deshalb, die Veränderungen zu analysieren, die zu massiven Umbrüchen in der deutschen Politik führen konnten und die heute maßgeblich die innenpolitische Situation bestimmen.

Tragödie Erster Teil: Deutschlands

Noch 1988 haben nicht wirklich viele Menschen auch nur einen Gedanken an eine "Wiedervereinigung" beider deutscher Staaten verschwendet, mit Ausnahme vielleicht einiger Berufsvertriebener und der CDU/CSU-Stahlhelmfraktion. Die "Einheit des Volkes", das in Deutschland ohnehin anders definiert wird, nämlich als etwas organisch gewachsenes und nicht als Gesamtheit der BewohnerInnen eines Staatsgebietes, stand zwar in fast jedem Parteiprogramm niedergeschrieben - und wie wir wissen auch im Grundgesetz. Aber selbst in den Reihen der Hardliner war ein Realismus eingekehrt, der die DDR selbst im Denken nicht mehr in Anführungsstriche setzte, sondern als souveränen Staat behandelte,





ferierte, Staatsbesuche abhielt. Auch wenn bei jeder finanziellen Transaktion das besondere Verhältnis zur DDR eine Rolle gespielt haben mag, von Zermürbungstaktik gegen den Sozialismus kann niemand ernsthaft reden.

Die Möglichkeiten, mit Deutschland Wahlkampf zu betreiben, schienen begrenzt. Was auch immer in dem einen oder anderen Politikerkopf gespukt haben mag, es kam letztendlich in moderaten Tönen heraus und wenn sich deutscher Nationalismus äußerte, dann in der Regel bezugnehmend auf soziale Leistungen oder die Wirtschaftskraft der BRD. Den Stolz auf Deutschland überließ man zunächst jedenfalls gerne der NPD, die daraus bekanntlich nicht so recht politisches Kapital schlagen konnte. Was nicht heißen soll, daß die etablierten Parteien jederzeit willens und in der Lage waren, punktuell nationalistische Wallungen zu forcieren.

Und wenn sich die Bevölkerung der BRD in den Verhältnissen eingelebt hatte, die obligatorischen Verwandtschaftsbesuche in den Osten unternahm und den regelmäßigen Briefverkehr aufrechterhielt, so kann etwas ähnliches auch für die undogmatische Linke in der BRD festgestellt werden.
Während Parteien wie die DKP die DDR weiterhin als "sozialistischen Musterstaat" führten, existierte sie im Denken der Autonomen so gut wie gar nicht. War da was? Die Kämpfe bis in die 80er Jahre waren vordergründig kaum geprägt von der Existenz der DDR. Viele Kämpfe hatten zwar unmittelbar mit der Konfrontation zweier Machtblöcke zu tun, die in Europa aufeinandertrafen - so zum Beispiel der Widerstand gegen Raketenstationierungen in den frühen 80er Jahren - die besondere Situation aber, die in Deutschland existierte, wurde nur unzureichend berücksichtigt. Und wenn, dann manchmal in einer Form, an die man sich heute nur ungern erinnern mag...die Zahl der Punkbands, die in den 80er Jahren ein Lied mit dem Titel "Amis raus" hatte, ist unüberschaubar groß - klein hingegen nur der Schritt zu Liedern wie "Besatzer raus", die es auch gab. Links gemeint, aber letztendlich einen deutschen Opferstatus suggerierend. Daß die BRD politisch längst eigene Wege ging und keinesfalls ein Spielball "ausländischer Mächte" war - es ist nicht jedem aufgefallen.

Daß der Nationalismus in Deutschland mit der "Wiedervereinigung" eine derart mörderische Konsequenz an den Tag legen sollte, haben viele geahnt, als es losging. Aber die Analyse ist folgenlos, wenn man der Meinung ist, nicht dazuzugehören. Was ging uns schließlich ein System an, das den Namen Sozialismus nicht verdient hatte, was ging uns Deutschland an?

Tragödie Zweiter Teil: Deutschland
Diese Feststellung ist insofern wichtig, weil sie die Kampagnen gegen die Wiedervereinigung, die erst Ende 89 Gestalt annahmen, maßgeblich beeinflußte.
Während in den Ostblockstaaten alles umkippte und die Regierungen offensichtlich nicht mehr in der Lage waren, die sich verschärfenden Widersprüche zu lösen, sich ein Staat nach dem anderen aus dem Verbund des Warschauer Paktes löste und nach Kapitalismus schrie, gewann die Entwicklung in Deutschland eine eigene Dynamik, weil mit dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft auch die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stand. Und nicht nur das: Die herrschende Politik, Ende der 80er Jahre konfrontiert mit einer allgemeinen Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Situation, entdeckte die nationale Mobilisierung, mit der die Widersprüche überdeckt werden konnten. Bis heute, wo man in Deutschland immer noch gerne ein paar Ausländer anzündet, wenn man arbeitslos ist.
Das dies gelingen konnte, ist natürlich nicht einer schwachen Linken anzukreiden, sondern läßt darauf schließen, daß der Nationalismus in beiden deutschen Staaten immer eine mobilisierbare Größe war, daß er sich im Westen paaren konnte mit der Rhetorik des ewigen Loosers, der auch zwei Generationen später noch für den 2. Weltkrieg be-



reuen muß.
Wir kennen diese Sprüche aus der Schule, wenn die Leute auch mal wieder gerne die Nationalfahne hissen wollten, wie "die Dänen, die Franzosen, die Amerikaner...". Wir haben ihnen dafür nicht ins Gesicht gekotzt, sondern uns zurecht gewundert, warum sie gelitten haben in ihrem Superland, mit ihrem hohen Lebensstandard, mit einer BRD, die trotz Teilung auf dem Weg zur Meinungsführerschaft in Europa war.

Empfänglich für Nationalismus blieb man also trotzdem - auch im Osten! Wenn wir im Jugendinfo 1990 geschrieben haben, daß die "Wiedervereinigung" für die DDR das Wiederaufleben des Faschismus bedeuten würde, ist das



nicht unbedingt falsch gewesen, auch wenn es nur die halbe Wahrheit war.
Denn auch in der DDR herrschte immer ein nicht unbeträchtlicher Nationalismus und Rassismus. Die Gesellschaft der DDR war autoritär und geprägt durch preußische Ordnungsvorstellungen. Vom Faschismusimport in den Osten zu sprechen, greift deshalb zu kurz.
Sicherlich es gab Kader aus dem Westen, die in der EX-DDR Aufbauarbeit leisteten, aber die Desorientierung in den politischen Umbrüchen und eine latent autoritäre Grundeinstellung sind Faktoren, die zu einer breiten Schicht von rechts agierenden Jugendlichen in jedem verkackten Dorf im Osten geführt haben.

Und bei uns? Wie haben wir geguckt, als selbst gestandene Alt 68er, die unsre Eltern waren, linke Intellektuelle und Menschen, die über jede nationale Wallung erhaben schienen, plötzlich ihr Herz für Superdeutschland erwärmten, mit Tränen in den Augen die Freiheit der Brüder und Schwestern im Osten feierten und sich an Wurzeln in Dresden, Chemnitz und Leipzig erinnerten.
Während in diesen Kreisen in erster Linie die vermeintliche Freiheit im Osten begrüßt wurde, war dies der Ansatzpunkt, die letzten Folgen der Niederlage des 2. Weltkriegs ein für alle mal vergessen zu machen.
Deutschland trat mit der Wiedervereinigung endgültig aus dem Schatten der militärischen Niederlage heraus und macht sich nunmehr daran, ein Staat "wie jeder andere auch" zu werden: mit Kampfeinsätzen, imperialistischer Interessendurchsetzung, Sitz im Sicherheitsrat, Führung in Europa und eben auch einer "dunklen Phase", die bei uns Auschwitz heißt.
Der Sinn für Symbolik ist dabei nicht abhanden gekommen, mag es auch ein Zufall sein, daß gerade am 9. November 89 die Mauer fallen mußte. Dem Tag, an dem 51 Jahre zuvor, die Nazis jüdische Häuser anzündeten und Menschen verschleppten.

Politisch wurde diese sich abzeichnende Reinwaschung Deutschlands von der Linken schnell erkannt, praktisch konnte sie keine Rezepte entwickeln, als im Osten nicht (mehr) politische Emanzipation auf dem Programm stand, sondern Videorecorder und die Teilhabe an einem bißchen Konsum.
Der Linken fiel nicht viel ein, denn anders als bisher war sie nicht mehr in der Offensive und nicht mal mehr in der Defensive - sie kam einfach nicht mehr vor, als das Land mit Fahnen geschmückt wurde und jeder Trottel plötzlich wußte, daß wir EIN Volk sind und es auch wieder sein dürfen.

Die einleitenden Sätze aus dem Jugendinfo vom Anfang 1990 sprechen dabei Bände in ihrer Sprachlosigkeit. Was hätten wir auch sagen sollen: Daß Deutschland in den nächsten Jahren für Ausländer zum Kriegsgebiet werden wird, daß Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zunehmen werden, weil der Westen nicht mehr darauf angewiesen ist, sich als das bessere System zu verkaufen...Das wollte ohnehin niemand hören.

Tragödie noch lange nicht letzter Teil: Superdeutschland

Wir haben also mal wieder Recht behalten, auch wenn das nicht unbedingt ein Grund zur Freude ist. Was wir heute im Zuge der "Wiedervereinigung" erleben, ist der hemmungslose Siegeszug einer neuen kapitalistischen Gesellschaft.



Deutschland ist aus seinem Schatten getreten - aus dem Schatten der Niederlage.
Und so, wie sich niemand mehr Gedanken machen muß über den deutschen Faschismus und die Art und Weise, wie er heute nur noch historisch eingeordnet wird, kann in diesem Land endlich der Ballast der Geschichte über Bord geworfen werden.
Der Nationalismus ist wieder zu einem verbindenden Moment in der deutschen Politik geworden und er leistet die Vorarbeit für schärfere Ausländer- und Asylgesetze und eine kapitalistische Politik, die Arbeitslose zu Schuldigen an der eigenen Misere macht.
Was wir auch aus dem Westen kennen, vollzieht sich in der ehemaligen DDR in einem noch rasanterem Tempo - Deregulierung, das Plattmachen der Industrie, das Wegsanieren.

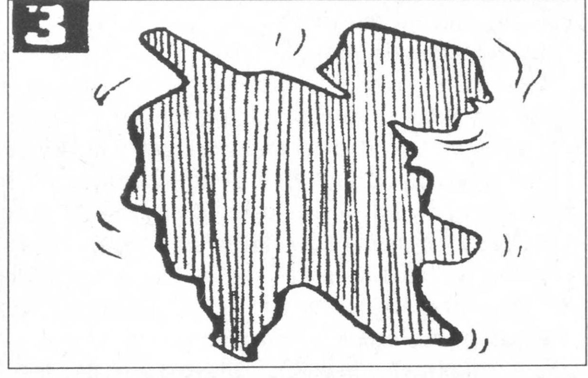
Wer jemals geglaubt haben mag, daß blühende Landschaften, wie sie Helmut Kohl vollmundig ankündigte, zur Realität werden würden, darf heute doof aus der Wäsche gucken.
Diejenigen aber, die sich auch heute noch nicht berufen fühlen, dieses Land gut zu finden und mitzumachen, werden sich die Frage stellen müssen, wie es weitergehen soll. Und auch, wenn wir nicht gerade mehr werden: es gibt Rassismus in diesem Land und er ist nicht weniger mörderisch als noch vor einigen Jahren, es gibt einen unerträglichen Nationalismus in diesem Land, der immer unverblümter öffentlich vertreten wird, wir leben in einem Land, das sich anschickt, stärker als bisher seine Interessen weltweit durchzusetzen und wir sehen keine Grund, das alles zu akzeptieren. Auch in Zeiten, wo die "Wiedervereinigung" zwar ein Deutschland beseitigt, ein anderes aber unerfreulich groß gemacht hat.

Deutschland Ultra

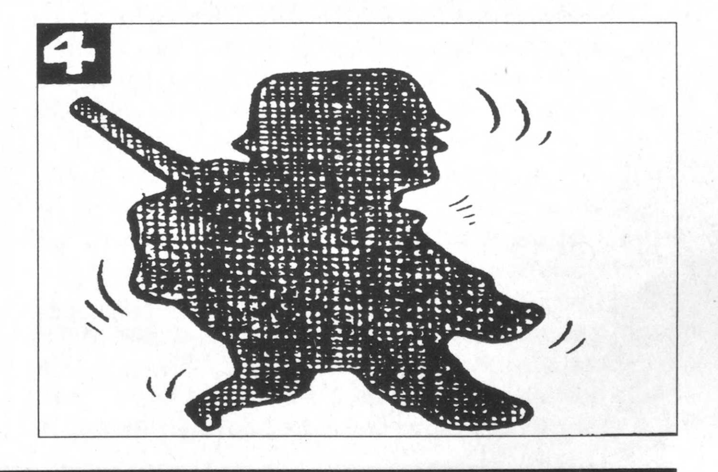
Hamburg. 6 Uhr 15. Es sollte ein spannender Tag werden. Die nun schon fast traditionelle, denn es gibt nach wie vor keinen Grund zum feiern, Demo am 2.10. in Göttingen und die neue Agit-Prop-Aktion (politisches Theaterstück, aufgeführt in der Öffentlichkeit, meist FußgängerInnenzone oder ähnliches) der Autonomen Antifa (M) diesmal in Zusammenarbeit mit dem politischen Arbeitskreis (pAK), hießen zwar ein verdammt frühes Aufstehen aber soetwas ist eben meist der leidige Nebeneffekt bundesweiten Demotourismus`.

Dieses Jahr waren es die Gruppen Autonome Antifa (M), Antifa Jugendfront Göttingen, Gruppe Gegenstrom, pAK..., die zu dieser Demonstration unter den Motto „Kapitalismus abschaffen, zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und Sozialabbau" aufriefen.

Also, nach vier Stunden heiterer Autofahrt mit aller übelster Dancefloor-Musik und nervigen Kleinstaus, Kopfschmerzen und der Panik, trotz des unliebsamen Aufbruchs nun das Theaterstück zu verpassen, kam das Ortsschild in Sicht: „Willkommen in der Universitätsstadt Göttingen" Yeah! Aber das ungetrübte Bild der potentiell idyllischen Kleinstadt (ein Begriff, den sich Metropolenautonome leisten können) ergraute schnell, als wir den Göttinger Parkplatzterrorismus auf der Suche nach einer citynahen Abstellmöglichkeit zu spüren bekamen. Unglaublicherweise war dort kein Plätzchen aufzufinden aus dem kein Kapital geschlagen wurde. Daraufhin natürlich noch



motivierter ging´s dann los zum Gänseliesel, dem Göttinger Marktplatz. Unterwegs wurde sich entweder beim Bäcker von nebenan oder auch bei Mc Donalds (okay, ich wollt´s nicht weiterschnacken) eingedeckt, um dann satt und zufrieden gerade rechtzeitig zur ersten Aufführung der äußerst eindrucksvollen Agit-Prop zu kommen. Hier wurde mal auf peppige Art der alles andere als zufällige Zusammenhang zwischen der momentanen inneren Aufrüstung1) der BRD und der zeitgleich verlaufenden Debatte um die Durchführung der Demontage des Sozialstaates2) dargestellt. Wie gesagt, das war echt ´ne prima Sache, auch zwei, dreimal problemlos anzusehen, doch irgendwann fanden einige die mittlerweile schon in Hamburg legendäre Pizzaria „Milos" anziehender. So machten wir uns mit einigen Problematiken, entstanden aus fehlender bzw. aus vergangenen Tagen schon fehlerhaften Ortskenntnis auf den Weg zur weiteren Energieaufnahme durch Göttinger Straßen, die irgendwie alle gleich aussehen und ein Verlaufen vorprogrammiert war. Von den vielzählig erwarteten Staatsschützern keine bzw. nur vereinzelt eine Spur zu entdecken, also war ein im saloppen Tonfall nach dem Weg zu fragen nicht drin. Irgendwann war das jedoch bewältigt und da die Uhr es erlaubte ging´s noch auf einen Abstecher in der Buchladen Rote Straße, um sich das eine oder andere Buch aus dem Riesensortiment anzulegen. Als der Zeiger gen fünf tendierte, war es zum Aufbruch straight way Gänseliesel Zeit. Dort angekommen trafen wir unter den schon einigermaßen zahlreich angekommenen DemonstrantInnen bekannte Gesichter, doch zum nostalgischen Schnack über alte vergangenen Tagen schon fehlerhaften Ortskenntnis auf den Weg zur weiteren Energieaufnahme durch Göttinger Straßen, die irgendwie alle gleich aussehen und ein Verlaufen vorprogrammiert war. Von den vielzählig erwarteten Staatsschützern keine bzw. nur vereinzelt eine Spur zu entdecken, also war ein im saloppen Tonfall nach dem Weg zu fragen nicht drin. Irgendwann war das jedoch bewältigt und da die Uhr es erlaubte ging´s noch auf einen Abstecher in der Buchladen Rote Straße, um sich das eine oder andere Buch aus dem Riesensortiment anzulegen. Als der Zeiger gen fünf tendierte, war es zum Aufbruch straight way Gänseliesel Zeit. Dort angekommen trafen wir unter den schon einigermaßen zahlreich angekommenen DemonstrantInnen bekannte Gesichter, doch zum nostalgischen Schnack über alte Zeiten war es nicht der richtige Zeitpunkt. Stattdessen wurde sich in Ketten mit Bekannten eingereiht, die Demo formierte sich. War im Vorhinein die Vermummung als Vorwand in die Demo einzugreifen als solches von den Bullen angesagt worden, zogen nichts desto trotz einige ihre Utensilien hervor und das geläufige schwarze Tuch mit Sonnenbrille und Kapu (liebevolle Abkürzung für Kapuzenpulli) war fast überall parat. Nach einigen Redebeiträgen unter anderem der AJF GÖ, der PDS und dänischen GenossInnen sowie „der Zigarette davor" ging´s dann langsam los. Bis zur Zwischenkundgebung keine Ausschreitungen, eine dezente grüne Umrandung war immer an unseren Seiten. Einem kurzen Stopp, bei dem der ermordeten Conny (eine Göttinger Antifaschistin, die bei einer eskalierten Demo 1989 von den Staatsterroristen auf die Straße in den Tod getrieben worden war) gedacht wurde, folgten weitere Zwischenkundgebungen mit Redebeiträgen zu Sozialabbau & Repression, Kurdistan & Imperialismus, Atomindustrie & deutschen Großmachtsbe-



strebungen usw.. Langsam wurde es dunkel und es stellte sich das Problem mit den Sonnenbrillen, und als ich meinen Vorgänger bzw. meine Vorgängerin nur noch als dunklen Umriß erkennen konnte, mußten aufgrund der Prioritätensetzung die coolen sunglasses in der schwarzen Jackentasche verschwinden. Das weitere, aus Erfahrung eigentlich unerwartete Ausharren der Schweine wurde lobenswerterweise durch eine Lautersprecherdurchsage nicht als so gewolltes glänzendes Deeskalationskonzept der Bullen, sondern als Methodik zur Legitimation olgender Übergriffe identifiziert. So soll darauf immer dann zurückgegriffen werden, wenn sich an die zukünftig weiter verschärfenden Auflagen nicht mehr gehalten wird, um sich bei Knüppelorgien als „die Guten" zu glorifizieren. Also fand die Demo ihren ruhigen und krönenden Abschluß auf dem Ausgangspunkt Gänseliesel, wo wir die auf dem Rückweg angekündigte Überraschung freudig beäugen konnten. In der Mitte eines Zirkels aus DemogängerInnen, der sich zum Schutz gebildet hatte, wurde die für die Agit-Prop gebastelten Symbole für Sozialabbau und Repressionsapparat (kurz unter dem prägnanten Schlagwort „Deutschland Ultra") drapiert. Diese wurden dann äußerst elegant mit Hilfe von Benzin und Wunderkerzen lichterloh kurzerhand und ultrabrutal dem Erdboden gleichgemacht - recht so!

Abends war dann noch dick Party in irgendeinem Szeneladen, sehr lange, zu lange, für all die, die sich nicht die Kante in einer nächtlichen Tour nach München geben wollten.

Da wir noch einen Tag auf Urlaub in Göttingen blieben, konnten wir am Abend des darauffolgenden kurzen Tages einige Hamburgers begrüßen, die sich dieses Jahr die Demo
vor Ort in München als Favorit ausgesucht hatten. Beim gemeinsamen Chill-out in der Pizzaria „Milos" konnten dann gegenseitige Anekdoten ausgetauscht werden, alle waren froh sich mehr oder minder unversehrt wiederzutreffen.

Insgesamt ist die diesjährige Demo in Göttingen als Außenstehende/r positiv zu werten. Zwar ist die Erwartung und Einschätzung der Göttinger Gruppen, speziell wohl der AA (M), eine der Hauptinitiatorinnen, v.a. in Bezug auf den geplatzten Prozeß unter dem die Demo stand (siehe Jugendinfo Nr. 15), nicht weiter bekannt. Doch sind ca. 1000 DemonstrantInnen, (zumindest) teilweise Vermummung, der Zusammenschluß mehrerer Gruppen für diese Demo, eine gelungene Agit-Prop usw. nicht unnennenswert.

Also Leute, fahrt mit wenn es am 2.10.97 wieder heißt **"Es gibt keinen Grund zum feiern, aber viele Gründe zum Widerstand, Kapitalismus abschaffen!"**, oder so ähnlich, in diesem Tenor zumindest.

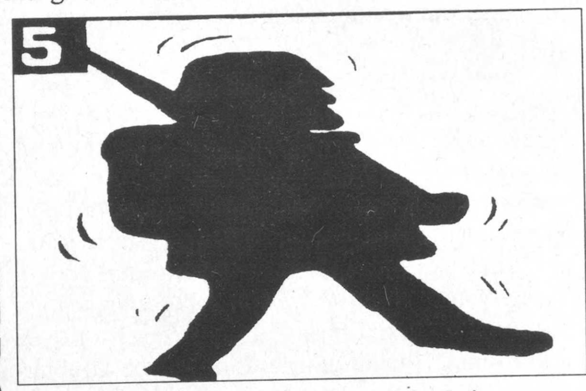
Reiht Euch in den Jugendblock mit Freundinnen und Freunden ein!

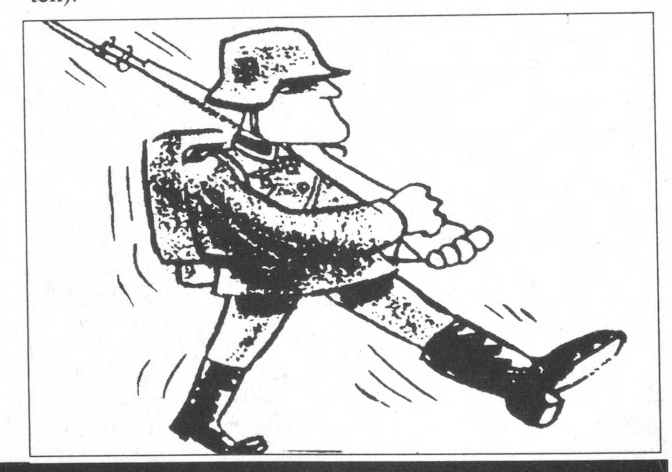
Zusammen gehört uns die Zukunft!

Einheitsfeier oder Einheizfeier?

München `96 , 3.Okt. :

Unser Beschluß ins weit entfernte Bayern zu fahren, wurde durch die Ankündigung eines Antifa-Einheiz-Festivals gefestigt. So brachten wir das Opfer, Unmengen von Geld in die Deutsche Bahn zu investieren und uns auf die lange beschwerliche Reise zu machen. Am Mittwoch abend fanden sich dann mehrere hundert Menschen im Münchner „Backstage" ein, wo neben Free-Pop, Folk-Punk und Punk-Bands die uns wohl bekannten „Atari Teenage Riot" spielten. Verziert sollte das Ganze durch Infotische, kleine Ausstellungen und eine Veranstaltung unter dem Motto „Perspektiven des Widerstandes" werden. Leider war das Wetter am 2. Oktober eher laschert (die genaue Übersetzung konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, aber auf jeden Fall war es kalt und naß), so daß das in All-Area geplante Festival lediglich innerhalb der Gebäude stattfinden konnte. In freudiger Erwartung verweilten wir bis zur Veranstaltung im Nebengebäude (die Folk-Punk-Band war eh ein Graus). Angekündigt waren ReferentInnen vom KOMM (linkes Zentrum in Nürnberg), vom Berliner Bündnis gegen Sozialabbau, aus dem Anti-Castor Widerstand, dem Antifa-Spektrum, aus der Ex-Guerilla etc.. Durch eine kleine Fehlplanung (wir wollen hier niemanden dissen, deshalb verschweigen wir Genaueres) fanden sich am vorderen Tisch jedoch irgendwie ganz andere Leute ein und es entstand eine langweilige Podiumsdiskussion , mit äußert niedrigem Niveau. Relativ enttäuscht versuchten wir anschließend Genaueres über die baldige Demo herauszufinden. So mußten wir feststellen, daß die gesamte Planung der Aktivitäten eher dürftig ausfiel, wodurch sich unser etwas entnervte Zustand auch nicht gerade besserte. Allerdings muß entschuldigend hinzugefügt werden, daß die armen MünchnerInnen echt überlastet waren (jetzt ohne Kack - es ist schon beachtenswert, daß so wenig Leute überhaupt das, was sie geschafft haben, auf die Beine stellten).







Nun gut, dachten wir uns, dann hotten wir eben zu Atari Teenage Riot ab, auch wenn wir vorher erfahren hatten, daß die wohl eher nicht so ganz fit in der Birne zu sein scheinen. Auf jeden Fall spricht es nicht gerade für linksradikale Subkultur, bei ´nem Soliteil eine Hotelunterkunft (!) zu fordern, 5x warmes Essen mit Salat (ansonsten Zahlung von DM 20,- extra pro Person),drei verschiedene Brot- und Semmelsorten, je fünf Dosen/Flaschen Red Bull, Mineralwasser und „hochwertige Fruchtsäfte" sowie eine Kiste Bier. Während ihres Auftrittes standen sie dann recht entnervt von der ach so schlechten Anlage und ziemlich arrogant auf der Bühne. Spaßig wurde es jedoch, als sie ihren Auftritt abbrachen und dafür den Mixer die Schuld in die Schuhe schoben. Dieser fand sich kurz darauf auf der Bühne ein, und wir warteten gespannt auf die offensichtlich entstehende Prügelei mit den Ataris. Leider gab´s nur eine kurze Rangelei, aber wenigstens eine nette Sache am Abend.
Recht wichtig zu erwähnen wäre noch, daß sich die Polizei im Laufe des Abend um das gesamte Gelände postierte und Personenkontrollen durchführte. Die Begründung hierfür lautete, es handele sich um Vorkontrollen für die Demo am nächsten Tag! Klar, daß auch der Versuch der Einschüchterung einen starken Faktor in dieser Vorgehensweise darstellen sollte.

Tags darauf - nach dem immer wieder verschiedene Garderoben probiert wurden und die ständige Frage im Kopf „Wird es Vorkontrollen geben? Werden wir den Tag überhaupt überleben?!", fanden sich um 1030h langsam die ersten DemonstrantInnen am Stachus ein. Bisher von den gefährlichen Menschenfressern des berühmt-berüchtigten USKs (Unterstützungskommando)1) nichts zu entdecken. Nach einer fröstelnden Dreiviertelstunde ergriff der offentsichtliche Show-Master im dezent beige-farbenen Trenchcoat das Mikrophon, um ein paar einleitende Worte zu verlieren. Es folgte ziemlich lange Auftaktkundgebung, die jedoch recht interessant war. Schön war z.B: ein Berliner Philosophie Professor, der sagte, er sei nicht gegen die Wiedervereinigung , sondern für eine freie sozialistische Republik. Passend dazu gab es eine wahre Flugiflut von Gruppen wie dem Revolutionären Sozialistischen Bund/IV Internationale, der Zeitung für den Aufbau der Bolschewistischen Partei Deutschland „Trotz Alledem", dem Arbeiterbund für den Aufbau der KPD - Ortsgruppe München, den Revolutionären Kommunisten und der Deutschen Kommunistischen Partei. Letzere auch mit vielen schmucken Fahnen zugegen. Aber zurück zur RednerInnenbühne: Von unserem Freund im Klischee-Spion-Detektiv-Mantel mit Bart durchs bunte Programm der SprecherInnen der PDS, Autonomen Antifa (M), der Gruppe behinderter Arbeitnehmer (oder so ähnlich) u.a. geleitet, machte dieser uns schlußendlich noch auf die Auflagen unserer geliebten Polizei aufmerksam. Demnach würden Kapuzen (aufgesetzt) in Kombination mit Sonnenbrillen als Vermummung angesehen, Transparente seien parallel zum Demonstrationszug mit zuführen (sprich keine Seitentranspis) und dürften hochgehalten eine Höhe von vier Metern und 20 Zentimetern nicht überschreiten. Leider waren Verstöße hiergegen mangels Zollstock schlecht festzustellen. Langsam aber sicher setzte sich dann gegen 1230h der Demozug in Bewegung und verstieß sogleich gegen die ersten beiden (vielleicht ja auch gegen die dritte - wer kann das wissen?) Auflagen. Hierzu muß gesagt werden, daß das Verbot von Seitentranspis in Bayern nicht bloß blöde Schikane darstellt, sondern folgenden Sinn hat: Zum einen erhoffen sich die Schergen dadurch besseren Einblick in die Demo, zum an-



deren werden solche vom USK wenn dann fast immer seitwärts angegriffen. Das USK verfährt dann so: Es werden kleine Greiftrupps gebildet, der jeweilige Obermäck zeigt in die Richtung der herauszugreifenden Person(en) und gibt per Handzeichen an, um wie viele es sich handelt (meist ein bis drei). Nach dem Startsignal stürmt der Greiftrupp von der Seite zwischen die Ketten der Demo, holt sich das anvisierte Subjekt, bildet einen festen Kreis um dieses und verläßt unter Tonfaschlägen die Demo. In diesem Moment gibt es praktisch keine Befreiungsmöglichkeiten mehr, da die Person vor lauter Bullen einfach weg ist. Einen guten Schutz gegen dieses recht unangenehme Verfahren stellt das Mitführen von Seitentranspis dar. Klar, rennen die Schergen da einfach trotzdem rein, packen sie sich auf die Fresse. Leider sind sie dermaßen dumm nun auch nicht und so kam es nach ca. 5 min. an der Ecke Bayerstraße/Goethestraße zum ersten ernsten Zwischenfall: Die Bullen ergriffen eines der Seitentranspis (und noch dazu so ein schönes) und schafften es, dieses - unter Tonfaschlägen und Tritten - der Demo zu entund das Transpi selbst zu zerreißen sowie dabei einen Menschen festzunehmen. Nach größerer Aufregung schloß sich die Demo, dirigiert durch den Stadtfred (wie das da im Süden heißt, ist uns leider entfallen) von den Grünen, wieder und setzte den Weg fort. Bleibt nur noch zu sagen, daß die übrigen Seitentranspis durchgesetzt werden konnten und daß nichts weiter passiert ist. Alles in

allem eine sehr kraftlose Demo von gerade mal 1000-2000 Leuten (was ziemlich wenig für so´n Tag ist), die sich nicht getraut hat, irgendwie (und sei´s verbal) in die Offensive zu gehen. Also recht lasch. Gegen 1500h kamen wir dann am Marienplatz an, wo die Abschlußkundgebung folgte. Da war zuerst eine Art Kabarett-Musik-Gruppe - naja, vielleicht fehlt uns der bayrische Humor, aber die waren echt irgendwie unwitzig. Danach wieder ein paar Redebeiträge und unser Trenchcoatschatzi. Als die Information zu uns durchsickerte, die Schergen wollen jetzt Leute abgreifen, mutierten wir kurzerhand zu BürgerInnen und begaben uns unauffällig zum letzten Teil der offiziellen Einheitsfeiern: dem Bürgerfest. Da waren leider auch nur noch eher wenige Menschen (richtig voll war´s da als die Demo lief) und von denen wurde der größte Teil von verkleideten Zecken oder verkleideten Bullen gebildet - ein Kinderspiel für das gar nicht mal supergut geschulte Auge. Circa sechs Freß- und Saufstände, eine große Bühne von der erzlaut „Carima Burana" dröhnte und auf der irgendwelche Kiddies rumhopsten. War nicht wirklich spannend und so beendeten wir unsere „Einheiz-Aktivitäten", die irgendwie gar keine waren. Das mit dem Verschwinden und ab zum Fest war aber ´ne ganz kluge Idee, denn es wurden tatsächlich noch einige Leute von der Abschlußkundgebung weggehaftet.

Um die Frage in der Überschrift zu beantworten: Es scheint diesmal leider tatsächlich eine richtige „Einheitsfeier" geworden zu sein: Angefangen mit einem ökumenischen Gottesdienst verbrachten die „Oberen" den Tag in aller Harmonie mit Blaskapellen und ähnlichem greuslichen Schnickschnack. Auf dem Bürgerfest, welches um 1400h begann, saß z.B. Roman Herzog dann richtig urgemütlich und bürgernah bei seiner Maß Bier. Von irgendeiner Störung keine Spur, obwohl das mit dem etwas Geschick wirklich hätte möglich sein müssen, da die Chancen dafür ganz gut gestanden hatten, an die Dumpfbatzen ranzukommen und/oder ihnen den Tag zu vermiesen. Leider war zu diesen Zeitpunkten nie jemand von den EinheitsfeiergegnerInnen zugegen. Wer hätte das gedacht, daß im AJI mal ein Staatsschutzbeamter vom BKA zitiert werden würde, der bezogen auf den diesjährigen dritten Oktober vielleicht sogar ein bißchen recht hatte: „Früher war die Linke irgendwie militanter." Zum Glück war jener Münchenaufenthalt wenigstens auf persönlicher Ebene sehr nett und das Bier am Abend (natürlich keineswegs während der Demo!) nicht verdorben.

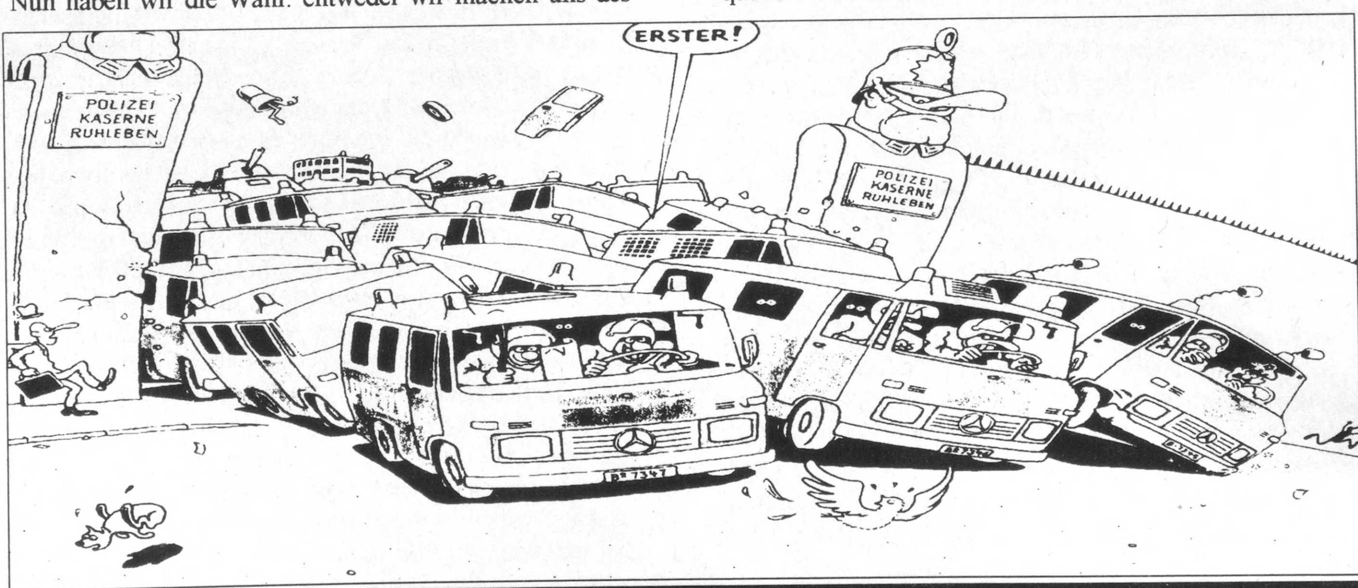
Doch noch ein Rat zum Schluß: Fahr nie nach Bayern wenn Wiesn is!!!

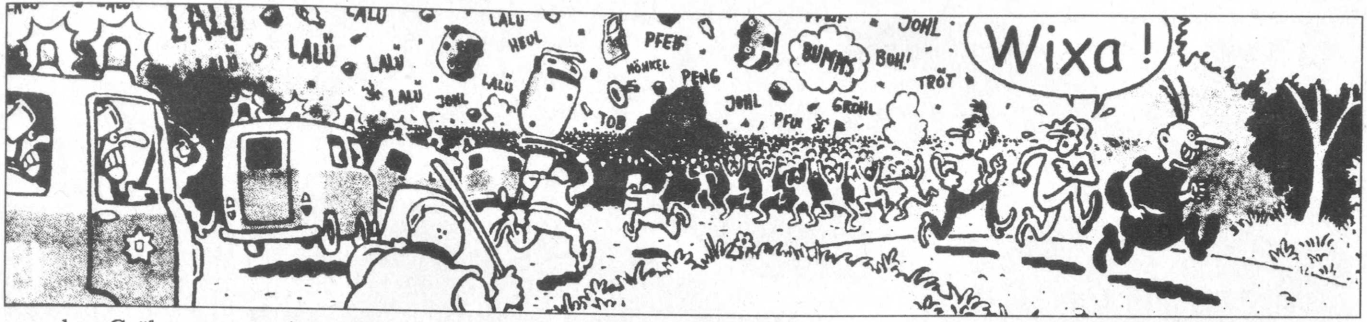
ABER: Fahr trotzdem dahin, wo der dritte Oktober offiziell gefeiert wird, denn es gibt keinen Grund zum Feiern, aber viele Gründe zum Widerstand. Auch ein etwas mißglückter Einheiztag ist kein Grund zukünftig die Hände in

BRANDSCHUTZBESTIMMUNGEN

Vor allem wir Jugendlichen sind regelmäßig von Schikanen seitens der Bullen, Schwarzen Sherriffs oder Ladendetektiven betroffen. Zumindest dann, wenn wir nicht den ganzen Tag zu Hause hocken und außer der Schule keine Hobbys haben. Dieser Streß betrifft auch nicht nur die Antifa-Szene, sondern eigentlich (fast?) alle Jugendsubkulturen. Hip-Hopper, Punx, Skater, Hippies, Ökos, usw.usf. Weshalb wissen alle selbst am besten. Dazu kommen dann noch diverse, angeblich für Jugendliche typische „Delikte", wie z.B. Ladendiebstahl, Ruhestörung, Raubkopien von Videos oder Disketten ziehen oder die mißachtete Sperrstunde.

Nun haben wir die Wahl: entweder wir machen uns deshalb kirre und können nachts nicht mehr ruhig schlafen oder wir bereiten uns sicherheitshalber auf eine mögliche Konfrontation vor. Wir wären ja schließlich nicht die Ersten, die sich (ob gewollt oder nicht) Ärger mit den Bullen eingehandelt haben. Das bringt einen Vorteil mit sich. Wir können nämlich auf (z.T. schlechte) Erfahrungen anderer zurückgreifen. Die wichtigsten dieser Erfahrungen und wie am besten mit solchen Situationen umgegangen werden muß, möchten wir allen LeserInnen mittels einer (3-teiligen) Serie zugänglich machen. In der bitteren Realität gibt es keine Patentrezepte, doch wenn ihr die folgenden „Spielregeln" verinnerlicht und dann auch konsequent in der Praxis um- und einsetzt, müßtet ihr eigentlich





aus dem Gröbsten raus sein.
In den folgenden Ausgaben werden wir verschiedene Situationen thematisieren. Wir beginnen in diesem Jugendinfo mit dem korrekten Verhalten auf Demos, etc. Das nächste Heft behandelt die Aussageverweigerung sowie Verhörmethoden, dann wird der Umgang mit einer Hausdurchsuchung angesprochen. Wenn diese Reihe auf Interesse stößt, schreibt uns dazu, sie läßt sich beliebig erweitern.

VORBEREITUNG

Je nach Anlaß solltest du mehr oder weniger gut vorbereitet sein, wenn du auf eine Demo gehst. Nicht immer geht es derart ruhig zu, wie beim Ostermarsch der Friedensinitiativen oder irgendwelcher Gewerkschaften. Wenn du also auf eine Demo willst, stelle dich im Zweifelsfall lieber darauf ein, gegen jede mögliche Situation gewappnet zu sein. Es kann dir zumindest nicht schaden.
Klasse ist es natürlich, wenn du nicht allein zur Demo gehst, sondern ein paar Leute kennst, die da auch hinwollen. Je länger ihr euch kennt, desto besser. Für den Fall daß es stressig wird, könnt ihr klarer einschätzen, wer wie reagieren wird und euch so gegenseitig unterstützen bzw. helfen. Habt keine Scheu über eure Ängste oder Befürchtungen zu reden, aber auch über eure Wut und Motivation, die euch auf die Straße bringt.

AUSMISTEN

Eine anstehende Demo oder Aktion eignet sich immer ausgezeichnet dazu, das Portemonnaie auf seinen Inhalt zu überprüfen. Alles Überflüssige raus, d.h. Adressen, Telefonnummern, Photos, Notizen und alles was die Bullen sonst noch so interessieren könnte. Mitnehmen solltest du auf jeden Fall deinen Personalausweis, da in diesem Land noch immer eine Ausweispflicht besteht. Und deine Identität stellen sie ohnehin irgendwann fest. Also: Ärger vermeiden, Perso einstecken! Weiterhin empfiehlt es sich, 2 x 12 Pfennige in der Tasche zu haben. Wenn du festgenommen wirst und von der Wache telefonieren willst, lassen sie dich meistens dafür auch noch bezahlen. Wechselgeld scheint es in Deutschland nicht zu geben und 15 Pf. wären exakt 3 Pf. zuviel. Das ist dann nämlich Bestechung und auf soetwas fallen deutsche Beamte nicht herein (zumindest nicht bei solch einem Betrag...). Also: Telefongeld abzählen und schon wieder einen Streßfaktor ausgeschaltet! Nach größeren Festnahmen bekommst du oftmals eine kostenlose Fahrt ins Grüne. Sprich, sie fahren dich in die entferntesten Randgebiete, um dich dort in irgendeinem Kaff auszusetzen. Um dich bei deinen FreundInnen als „freier" Mensch zurückzumelden, brauchst du in der Regel Kleingeld oder eine Telefonkarte. Soweit dazu.

MODISCHE KLEIDUNG

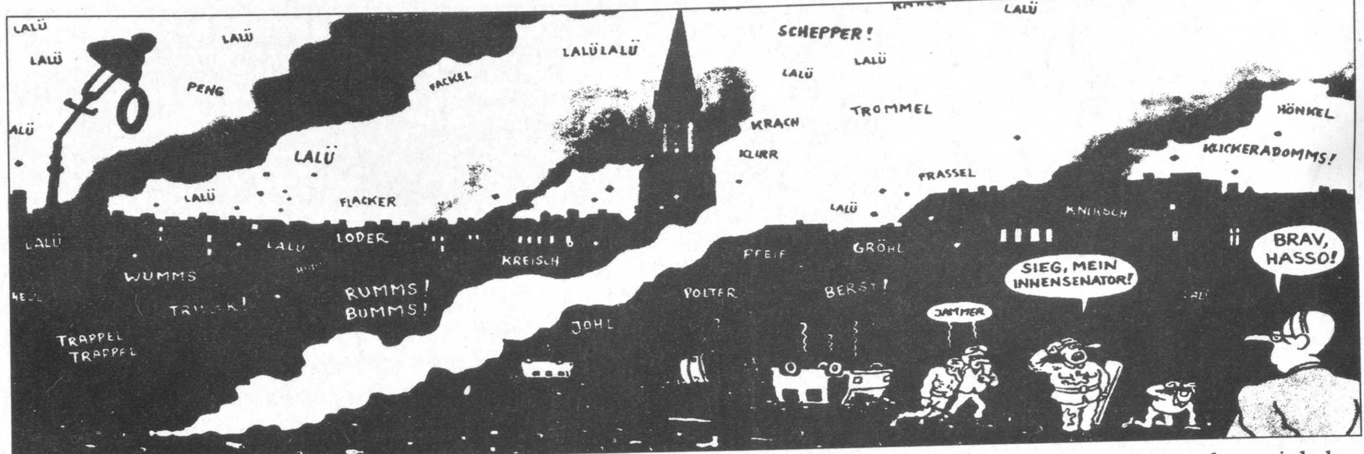
Darauf solltest du ausnahmsweise verzichten, bequeme, warme und gegebenenfalls wasserdichte Kleidung sind von elementarer Wichtigkeit. Ebenso festes Schuhwerk. Sei sowohl gegen grelle Sonne wie auch gegen stürmischen Wind gerüstet, je nach belieben. Wer weiß, wie lange du diese Klamotten tragen mußt?
Schminke, Creme und Kontaktlinsen machen sich bei Demos und Aktionen auch nicht eben gut. Wenn die Bullen aus welchem Grund auch CS-Gas einsetzen, beißt sich das Zeug ganz schnell fest. Und so ein Tränengas kann verdammt unangenehm sein...

AUF GEHT`S

Zusammen mit dem Freundeskreis zur Demo zu gehen ist nicht nur netter, sondern nebenbei auch sicherer. Manchmal gibt es bei Demos Vorkontrollen (solltet ihr dem weiblichen Geschlecht angehören, besteht darauf daß ihr euch nur von Buletten filzen laßt!!!) und wenn du al-



leine festgehalten wirst, fällt das niemandem auf. Am besten, ihr trefft euch woanders, im Gewühl findest du deine Leute unter Umständen nicht. Solltest du sie aber während der Demo aufgrund einer unübersichtlichen Situation verlieren, so ist es ein gut Ding, ein kurzes, originelles Rufwort (z.B. Otternase) abzumachen. Das ist allemal besser, als Namen durch die Gegend zu schreien! Nach Möglichkeit solltet ihr aus oben bereits genannten Gründen versuchen, beisammen zu bleiben. In Ketten zu gehen macht erstens mehr Spaß und ist zweitens ein Sicherheitsfaktor, denn acht Leute lassen sich nicht so leicht gegen ihren Willen aus einer Demo herausziehen, wie eine Einzelperson.
Normalerweise gibt es bei Aktionen immer einen EA



(Ermittlungsausschuß). Der ist dazu da, euch gegebenenfalls aus dem Knast zu holen. Vor jeder Demo wird mehrmals die Telefonnummer des EA über den Lautsprecherwagen durchgesagt. Zettel können sich die Bullen unter den Nagel reißen, also schreibt die EA-Nummer lieber auf den Arm. Am besten mit Edding, der verwischt nicht so schnell.

ALK - FREE - ZONE
Leider muß immer wieder erwähnt werden, daß weder Alk, noch sonstige Drogen etwas auf Demos zu suchen haben. Angetrunkene gefährden durch unkoordinierte Panneaktionen nicht nur sich, sondern meistens andere Leute noch mehr. Wenn ihr irgendwelche Spezies seht, die meinen sie müßten trotzdem saufen, erklärt ihnen ihr Fehlverhalten und fordert sie auf, den Alk einzupacken. Wollen diese Typen penetrant nicht hören, aber unbedingt weitersaufen, schmeißt sie aus der Demo. Party kann gemacht werden, wenn wirklich alles vorbei ist.

EINFAHREN
Von den Bullen eingefahren zu werden ist in der Regel ziemlich Scheiße. Versuche also die Bullen zu nerven, wo es eben nur geht. Sei ruhig ein bißchen laut und zeige ihnen, daß du nicht freiwillig bei ihnen bist. Du solltest es allerdings vermeiden, den Bogen zu überspannen - wenn Bullen gereizt werden, können sie ziemlich aggressiv werden und das hilft uns leider auch nicht weiter.
Wichtig ist vor allem: versuche deine Rechte zu bekommen. Zwei Telefonate, eineN AnwaltIn, rauchen, pinkeln, Aussageverweigerung!!!

NICHTS SAGEN, NUR DAS IST SICHER !!!
Entgegen dem, was die Bullen versuchen werden dir weiszumachen, helfen dir irgendwelche Aussagen nicht ein Stück weiter. Weder lassen sie dich früher raus, noch gibt das später Strafmilderung (wenn es denn überhaupt so weit kommt...). Du bist verpflichtet, ihnen deine Personalien sowie deinen Beruf preiszugeben, mehr nicht! Also: Perso auf'n Tisch, sagen daß du Schülerin bist, fertig! Nicht die Telefonnummer, nicht die Familienverhältnisse, nicht die Art oder den Namen der Schule, nicht die Farbe deiner Socken, NIX !!! Und unterschreiben mußt du ebenfalls nichts. Nicht den Zettel, auf dem steht daß du über deine Rechte informiert worden bist und schon gar nicht den leeren Protokollbogen. Selbst wenn er durchgestrichen ist, lassen sich beliebig Aussagen einfügen, die du nie gemacht hast. Mehr über ihre Tricks und Methoden im nächsten AJI.
In der Zelle sollte nicht unbedingt über Dinge wie den Demoverlauf gequatscht werden. Wände können Ohren haben, bei Massenfestnahmen sitzen auch gerne Spitzel mit in eurem „Quartier". Versucht so schnell wie möglich den EA anzurufen, die kümmern sich um alles weitere. Gebt ihnen eure Personalien durch, ob wer verständigt werden soll, auf welcher Wache ihr seid und welcher Vorwurf euch gemacht wird (Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, falsche Sockenfarbe,...). Wenn ihr wieder draußen seid, meldet euch beim EA wieder ab, es ist schon vorgekommen daß die armen Leute die ganze Nacht am Telefon gewacht haben, obwohl längst wieder alle auf freiem Fuß waren.

ABGANG
Am sichersten ist es, wenn du mit deinen Leuten gemeinsam nach Hause gehst. Zumindest ein Stück weit. Die Bullen suchen sich während einer Demo gern mal Personen aus, welche sie nach der Abschlußkundgebung versuchen, abzugreifen. Behaltet euch im Auge, dann kann nicht viel passieren. Wenn irgendetwas aufreibendes vorgekommen ist, setzt euch zu Hause hin und fertigt ein Gedächtnisprotokoll an. Vor allem wenn ihr eingefahren worden seid. Es kann euch später mal nützlich sein.
Und in der nächsten Ausgabe lesen sie: Aussageverweigerung und Verhörmethoden
- laßt sie ins Leere laufen !!!

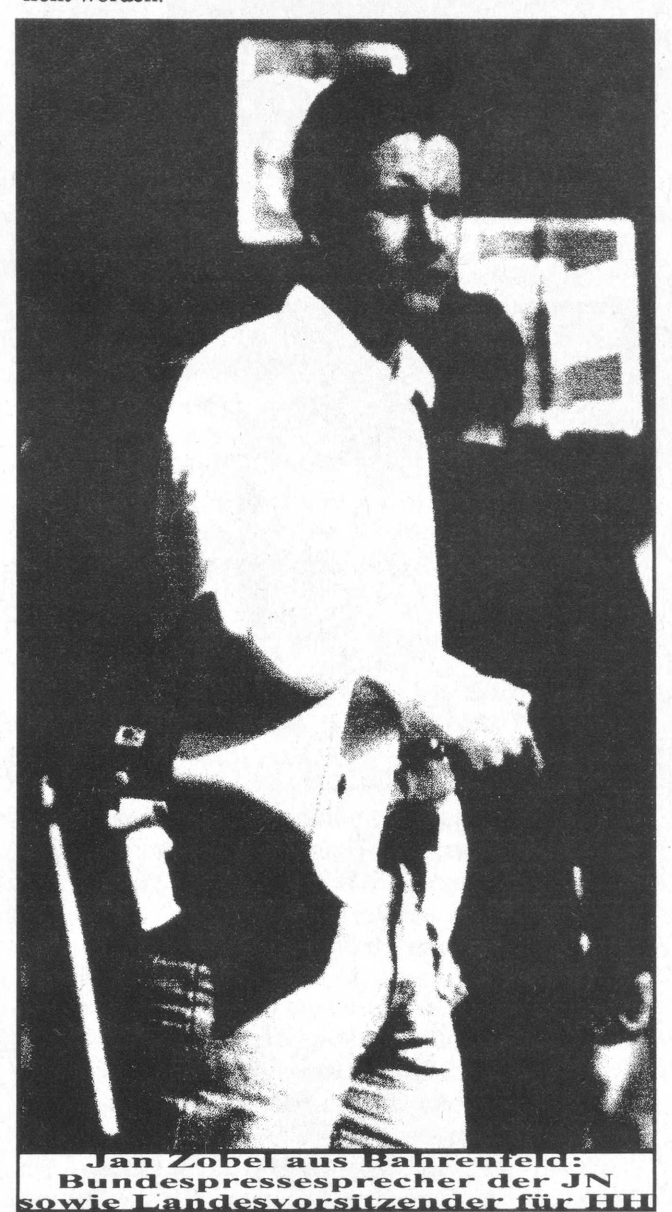
25 JAHRE JUNGE NATIONALDEMOKRATEN - VIEL ÄLTER SOLLTEN SIE NICHT WERDEN!

Wer sind die JN?
Die faschistische Gruppe JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurden 1965 auf Beschluß des Bundesvorstandes der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) als eng an die Partei gebundene Jugendorganisation gegründet. 1969 begannen die Aktivitäten der JN. Nach und nach entwickelten sie sich von der „Parteijugend" zu einer selbständig Organisation im Spektrum der militanten, faschistischen Gruppen. Ihre Ideologie ist geprägt durch nationalistisches, sexistisches und rassistisches Denken.
Bei der Politik der JN spielt besonders der sogenannte Geschichtsrevisionismus, d.h. die Leugnung der deutschen Alleinschuld am 2.Weltkrieg sowie das Propagieren der „Auschwitzlüge" (Massenvernichtung in deutschen KZ`s habe es nie gegeben...) eine wichtige Rolle. Desweiteren betreiben sie im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen der Neonazi-Szene theoriebildende Arbeit. Hierbei wenden sich die JN zwar vom Hitler-Faschismus ab, versuchen jedoch verschiedene faschistische Nebenströmungen der NSDAP aufzunehmen und weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse ihrer Arbeit verbreiten sie u.a. über eigene Zeitschriften. Eine solche ist z.B. die „Einheit und Kampf", welche in Zusammenarbeit mit Kadern verbotener, neofaschistischer Organisationen bzw. Parteien herausgegeben wird. Diese Publikation dient aber auch als Forum für „nationalrevolutionäre" Elemente. Diese „nationalrevolutionäre" Ausrichtung bezieht sich auf das Konzept eines angeblichen „dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Denjenigen, welche sich ihrer Unterdrückung durch das kapitalistische System bewußt geworden sind, soll auf diese Art weisgemacht werden, es gebe eine Alternative jenseits der Linken. Eine solche ideologische Haltung wurde in ähnlicher Form auch vom Strasser-Flügel in der NSDAP propagiert1 .

"EuK" - Organisationsübergreifendes Organ der JN

Bedeutung der JN in der rechten Szene
Die JN sind eine der letzten überregionalen Organisationen, in denen FaschistInnen legal und offen auftreten können. Obwohl der offizielle Mitgliederstand zuletzt mit 150 Personen seinen Tiefstand erreicht hat, haben die JN in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung innerhalb der rechten Szene gewonnen. Dies ist nicht zuletzt auf die Parteien-Verbote der Jahre `92 -`94 zurückzuführen. Die JN haben ihre Zusammenarbeit mit anderen militanten, faschistischen Gruppen über den Aspekt der theoretischen und ideologischen Arbeit hinaus verstärkt vorangetrieben. Zu erwähnen wären vor allem die Nationalistische Front (NF), die Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei (FAP) sowie die Wiking-Jugend (WJ). Mittlerweile fungieren die JN in Deutschland über die eigenen Parteigrenzen hinaus als Sammelbecken. In den letzten Jahren waren sie die einzige neofaschistische Vereinigung der es gelang, den einen oder anderen Aufmarsch zu organisieren. Massenkundgebungen waren es zwar nicht gerade, aber allemal zuviel. Anlässe waren der Todestag des von ihnen verehrten Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters Heß oder der „Heldengedenktag" in Halbe/Brandenburg für die toten SS-Soldaten des 2.Weltkrieges.
Weiterhin beteiligen sich die JN mit anderen Gruppierungen an der Sogenannten „Anti-Antifa", welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, Informationen über antifaschistisch engagierte Menschen zu sammeln, um sie später zu terrorisieren. In die bürgerliche Öffentlichkeit ist die Anti-Antifa durch die Zeitschrift „Einblick" geraten. In dieser waren mehrere hundert AntifaschistInnen aus revolutio-

nären sowie bürgerlichen Kreisen namentlich veröffentlicht worden.



Jan Zobel aus Bahrenfeld: Bundespressesprecher der JN sowie Landesvorsitzender für HH

...auch international

Die JN sind aber nicht nur in Deutschland aktiv, sondern haben gute Kontakte ins europäische Ausland, weiterhin nach Argentinien und nach Südafrika. So führten sie bei einem internationalen Treffen faschistischer Gruppierungen im belgischen Diksmuide Ordnerdienste durch oder reisen als größte deutsche Delegation zu Frankos Todestag nach Spanien, um ihm ihre Ehre zu erweisen. In Deutschland führten die JN bereits mehrmals den „Kongreß der europäischen Jugend" durch, an dem u.a. FaschistInnen aus Frankreich, den Niederlanden und Kroatien teilnahmen.

JN - eine Kaderschmiede

Aus den JN sind im Laufe der Jahre schon einige bekannte Nazigrößen hervorgegangen. Die gängigsten Namen dürften dabei wohl Günther Deckert (Ex-NPD-Bundesvorsitzender), Meinolf Schönborn (bis zu ihrem Verbot Chef der NF) sowie der mittlerweile verstorbene Michael Kühnen sein, welcher zuletzt als inoffizieller „Führer" der deutschen Neonazis galt. Die jüngere Generation bringt Namen wie Andreas Storr, Holger Apfel oder Jan Zobel mit sich, von denen wir in Zukunft bestimmt noch hören werden.

Junge Nationaldemokraten in Hamburg

In Hamburg existiert ein etwa zehnköpfiger JN-Landesverband, deren Vorsitzender der eben bereits erwähnte Jan Zobel aus Bahrenfeld ist. Ferner hat er das Amt des Bundespressesprechers der JN inne und zeichnet sich als Verantwortlicher für die Zeitschrift „Einheit und Kampf" (EuK). In Hamburg sind die JN öffentlich am 8.Mai und im August`95 aufgetreten. In Halstenbek-Krupunder taten sie gemeinsam mit der FAP kund, daß es ihnen kein Anliegen sei, den 50.Jahrestag des Kriegsendes zu feiern. Am 18.08. marschierten 65 handgezählte Aktivisten zu Ehren von Rudolf Heß mitten in der Nacht von der U-Bahn-Station Habichtstr. nach Barmbek.

Nicht vergessen werden sollte, daß in der Sommerausgabe der „EuK" angekündigt wurde, die JN wolle Hamburgs größte Zeitung für Schüler und Schülerinnen. herausbringen. Und zwar als rechtes Pendant zur KammerZeitung (KaZ). Ganze 15.001 Exemplare würden sie unter die Leute bringen, so verkündeten sie lauthals. Sollten sie wirklich jemals vor eurer Schule auftauchen, um ihr braunes Gedankengut zu verteilen, macht ihnen unmißverständlich klar, daß sie zu gehen haben. Die Zeitungen behaltet ihr am besten ein, damit sie via Recycling einem besseren Zweck zugute kommen (Klopapier z.B.). Wenn ihr uns noch ein Exemplar vorher zuschicken würdet, wäre das klasse - wir können leider nicht immer und an jeder Schule zugegen sein.

Zum weiterlesen...

Dieses war aber auch wirklich nur ein relativ kleiner Ausschnitt dessen, was es wissenswertes über die JN gibt. Für alle die interessiert sind, wird momentan eine nette, kleine Broschüre erstellt, die sich auch eigentlich alle leisten (können) müßten. Vielleicht wird sie ja noch im Dezember fertig, dann habt ihr ein schönes Weihnachtsgeschenk für eure Geschwister... Schreibt uns, fragt nach !



Am Rande erwähnt...

"ES HÄTTE SO SCHÖN SEIN KÖNNEN..."

(folgender Artikel setzt sich aus Zitaten eines Flugblattes einer Hamburger Antifagruppe zusammen)

...meinte das Hamburger Abendblatt am 8.10. und war zumindest leicht enttäuscht von der Tatsache, daß das Gelöbnis in Kaltenkirchen nun doch nicht stattfindet. Die Entscheidung war schon davor gefällt worden, vom örtlichen Magistrat, der Segeberger Polizei und dem militärischen Abschirmdienst. Dieses Aufgebot läßt vermuten, weswegen das Gelöbnis abgesagt wurde.
In der örtlichen sowie in der Hamburger Presse hieß es von offiziellen Stellen, die Sicherheit der Soldaten sei in Gefahr. Grund dafür sei das Bündnis, das sich vor Ort nach Bekanntwerden der Vorhaben gegründet hatte. Das Bündnis bestand neben uns aus einem Spektrum, daß über die Grünen, die VVN bis hin zu den örtlichen JuSos reichte. Unter dem Motto "Dem deutschen Militarismus entgegentreten" wurde zur Demo am Tag des Gelöbnisses selbst aufgerufen.
Offensichtlich paßte dies den Verantwortlichen allerdings überhaupt nicht ins Konzept des feierlichen Spektakels, das auch von der Andächtigkeit und der Besinnung auf das Vaterland lebt. Eine offensive und laute Gegendemonstration, die auch noch die Funktion der Bundeswehr im Jahr 1996 benennt, ist ein Hindernis bei dem Versuch, auch im Hinterland Hamburgs, ein positives Verhältnis der Bevölkerung zur Bundeswehr auszubauen.
Wir werten die Verhinderung des Gelöbnisses als Teilerfolg antimilitaristischer Politik. Alleine die Ankündigung von Protest hat in diesem Fall ausgereicht. Allerdings wird die militaristische Politik Deutschlands natürlich weitergehen und dagegen gilt es weiterhin vorzugehen. Genauso ist zu erwarten, daß die Bundeswehr in absehbarer Zeit in Kaltenkirchen einen neuen Versuch unternehmen wird, sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen und für angeblich humanitäre Ziele zu werben. Nach wie vor gilt für uns die Parole: Dem deutschen Militarismus entgegentreten! Kein Gelöbnis in Kaltenkirchen und anderswo!

WER SCHWEIGT, STIMMT ZU!

So auch der Hamburger Senat. Bei einer Anfrage der GAL- Abgeordneten Anna Bruns über die rechtsextreme Burschenschaft "Germania" kam als Antwort gar nichts. Der Grund, daß Wohl des Staates stünde auf dem Spiel. Anlaß der Anfrage war nicht nur, daß führende Nazifunktionäre in der Burschenschaft sind, nicht nur, daß im Haus der "Germania" in der Sierichstr. rechtsextreme Aufmärsche geplant werden, nicht nur, daß Wehrsportübungen vermittelt werden, nicht nur, daß nationalsozialistische Lieder an den Liederabenden gesungen werden, nicht nur, daß die "Germania" Beziehungen zum rechtsextremen "Deutschen Freundeskreis" und dessen militanten Ableger "Komitee für freiwillige Reservistenarbeit-Nord(KON)" pflegt, nicht nur, daß die "Germania" einen Lesezirkel der Nazi-Postille "Junge Freiheit" gegründet hat sondern auch, daß der neue Hamburger Verfassungsschutzbericht der "Germania" eine "völkisch-national-revolutionäre" Ideologie bescheinigte. Für die GAL Abgeordnete Grund genug nachzufragen, welche Informationen der Verfassungsschutz über die "Germania" hätte. Die Antwort: Keine, das Staatswohl stehe der Auskunft entgegen. Auch über andere rechtsextreme Burschenschaften wie "Hansea", "Germania Königsberg", "Askonia", "Teutonia Hamburgia", "Corps Irminsul" oder "Landsmannschaft Mecklenburgia Rostock" war nicht zu erfahren. Ebensowenig wie zu den Verbindungen bekannter Hamburger Nazigrößen wie der Hamburger Nazianwalt Jürgen Rieger oder der ex FAP Vorsitzende Andrè Goertz zur "Germania" zu erfahren war. Der Senat hüllt sich in Schweigen, **wer schweigt stimmt zu!**



IM HINTERGRUND SEHEN SIE EIN FÜR DEMONSTRATIONEN DER 90`ER JAHRE EHER UNTYPISCHES VERHALTEN...

Worüber wir nicht geschrieben haben...

...über die **MOPO**, die seitdem dort zwei neue **Rechtsaußen-Redakteure** was zu sagen haben, von Tag zu Tag rassistischer wird!

...über die **Ghetto-Aufstände** als Reaktion auf die Ermordung eines Schwarzen durch die Bullen **in Florida!**

...über das **Bettelverbot in Hamburgs Innenstadt**, allem Irrwitz voran die Idee eines FDP-Fritzen, Bettler Steuern zahlen zu lassen! Na klar, die verdienen sich dumm und dämlich und schlafen bloß deshalb unter Brücken oder auf Parkbänken, damit sie dadurch Mitleid erregen, d.h. uns arme Leute aus der Mittelschicht noch mehr schröpfen können. Die machen sich nach 20 Jahren bestimmt einen schönen Lebensabend in der Karibik, oder wie jetzt?

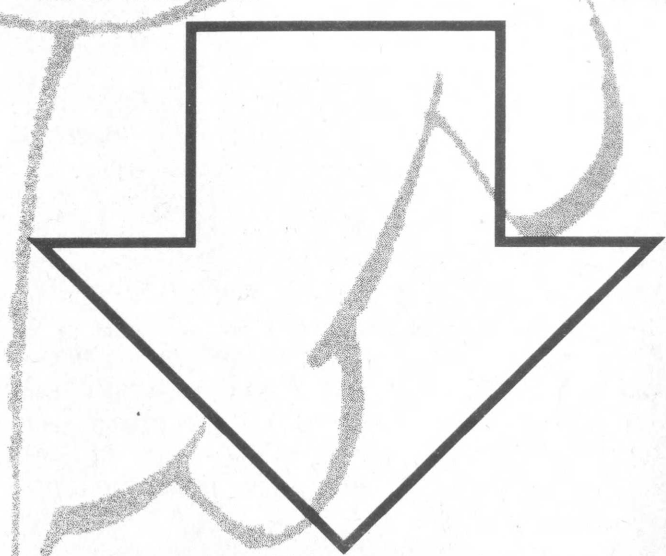
...über den Versuch der Bullen, eine **nächtliche Razzia auf den Harburger Wohnschiffen** für Flüchtlinge durchzuführen - wegen eines angeblich "betrügerisch erlangten" Handtelefones! Wie wir wissen, ist ihnen das nicht wirklich gut bekommen. **STAND UP AND FIGHT FOR YOUR RIGHTS! GREETINGS AND SOLIDARITY! OPEN BORDERS FOR ALL!**

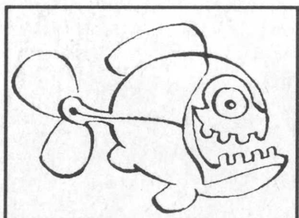
...über den Plattenladen **REMEDY RECORDS** in Altona, dessen Besitzer zwar selbst kein Nazi ist, gern aber deren Musik verkauft. Und Geld stinkt doch - sagt es ihm, **BOYKOTTIERT DIESEN LADEN!!!**

...über den **Gesetzesentwurf**, welcher z.Zt. im Bundestag diskutiert wird und besagt daß wenn du dich auch nur irgendwie kritisch gegenüber der Bundeswehr äußerst, du für bis zu drei Jahren eingeknastet werden darfst oder `ne ganze Stange Kohle abdrücken darfst. Die "Meinungsfreiheit" läßt grüßen! In diesem Sinne: **(Bundeswehr-)Soldaten sind Mörder; Militarismus ist Scheiße; die BW gehört abgeschafft und "*Zuvieldienst*" sowieso**. Nun dürften wir eigentlich ausreichend Kriterien erfüllt haben, um sie uns mit Feldjägern suchen zu lassen. Viel Spaß, wozu zahlen auch wir unsere Steuern?

...über **Plattenbesprechungen, Büchertips, Erhöhung der Tabaksteuer, den heimlichen Liebhaber von Queen Elisabeth II.** Und was weiß der Fuchs nicht noch alles...

Ihr fragt uns, warum wir es *nicht* tun, darüber zu schreiben? Ganz einfach, uns fehlen weder Ideenreichtum, noch sind wir zu faul, sondern der schnöde Mammon hindert uns daran, es zu tun. Wenn euch also an alternativer Presse wie uns etwas gelegen sein sollte, dann wißt ihr, was ihr zu tun habt...





Ja, ich möchte verhindern, daß mir dieser Piranha in die Badewanne gesetzt wird...

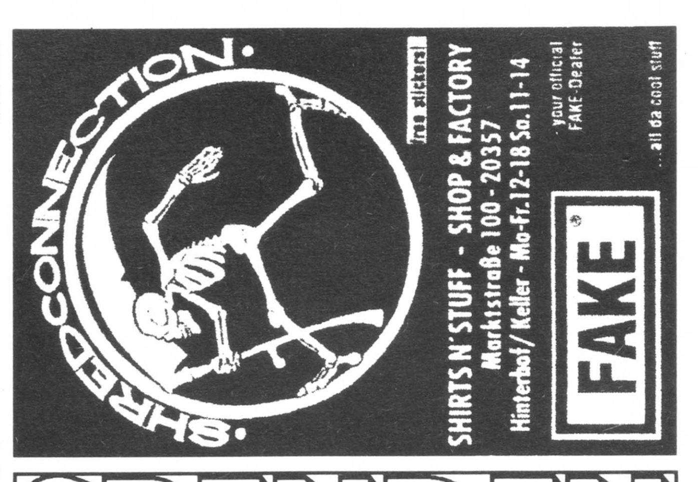
...deshalb ABOnniere ich sofort und auf der Stelle das ANTIFA JUGENDINFO für ein Jahr

O im NormalAbo für 25 Mark
O im FörderAbo für 50 Mark
(zutreffendes bitte ankreuzen)

Dafür gibt es außer dem INFO sämtliche Flugis, Plakate, Presseerklärungen, etc. - halt alles, was die Antifa Jugendfront so publiziert...

Diese Seite könnte auch anders genutzt werden, aber wir brauchen die Kohle eben...





SPENDEN nehmen wir von ganzem Herzen entgegen. Am liebsten in Form von Verrechnungsschecks. Sollte euch das nicht sicher genug erscheinen, schreibt uns und wir überlegen uns gemeinsam etwas.

AKTION gegen Seiten wie diese!









IN WURZEN

Mühevoll beseitigt dieser Wurzner an der Fassade seines Hauses häßliche Schmierereien. Foto: Haller

am 16.11.1996

14.00 Uhr / Bahnhof

(TREFFPUNKT LEIPZIG : 12.00 Uhr Hauptbahnhof)



Busfahrkarten und Infomaterial gibt es im

SCHWARZMARKT
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
U - Schlump / S - Sternschanze

Abfahrt 5.30 Uhr S - Sternschanze
Stückpreis: DM 30,-

★ ANTIFA ★ JUGENDFRONT

DEN NAZIBANDEN DAS HANDWERK LEGEN